Angehörigen Info

C 10190 23.11.2001 Preis: 3,00 DM 253

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

USA

Die Schlinge der Repression wird enger

Nach den Angriffen gegen das WTC-Gebäude und das Pentagon am 11.September und die Milzbrandanschläge in den darauffolgenden Tagen gründete die Bush-Regierung am 8.Oktober die neue Behörden Office of Homeland Security (Amt für Heimatschutz) und den ministeriumsübergreifenden Homeland Security Council (Heimatsicherheitsrat). Als Leiter der neuen Behörde - dem Präsident direkt unterstellt - wurde Thomas Ridge, der bisherige Gouverneur von Pennsylvania und erklärter Feind von Mumia Abu-Jamal, auserkoren. Indem Bush dieser neuen Behörde nicht den Rang eines Ministeriums gab, sondern sie als Untergliederung des Büros des Präsidenten einstufte, umging er damit die sonst notwendige Zustimmung des Parlaments über die personellen Besetzungen.

Die Aufgaben des Amtes für Heimatschutz sind die Koordinierung der „Aufdeckung und Verhinderung von und der Schutz vor terroristischen Anschlägen in den USA, sowie die Reaktionen und Erholung danach", u.a. durch die Koordinierung der landesweiten Sammlung von Informationen bezüglich „terroristischer Drohungen oder Aktivitäten in den USA"; durch die Festlegung der Kriterien für die Überwachung von des Terrorismus verdächtigten ausländischen Personen und Gruppen; durch die Weitergabe von Information an die verschiedenen Behörden und die Förderung des Austausches derselben zwischen den Behörden.

Im Heimatsicherheitsrat, dem der Präsident vorsitzt, sind u.a. der Finanz-, Verteidigungs- und Justizminister sowie FBI, CIA und das Amt für Heimatschutz vertreten. Bei Bedarf werden andere Ministerien sowie Nachrichtendienste hinzugezogen. Die rechtliche Grundlage für die enge Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden und Geheimdiensten und der Austausch von Information zwischen Behörden wurde mit den am 25.Oktober durchgepeitschten Antiterrorgesetzen nachgeliefert. Außerdem wurden die bestehenden Telekommunikationsgesetze, das Abhören von Telefonen und das Abfangen von eMail und Faxen, massiv verschärft, die richterliche Überprüfung derselben ausgehebelt und dem Justizminister neue und weitreichende Macht in die Hand gegeben, wegen Terrorismus „Verdächtigte" festzunehmen. Verdächtig gilt mittlerweile fast jeder. Vor knapp einem Jahr bezeichnete das FBI sogar „Reclaim the Streets" als terroristisch.

Isolationshaft und Kontaktsperre

Die ersten Reaktionen des Staates nach den Anschlägen trafen die politischen Gefangenen und Muslime bzw. Männer nahöstlicher Herkunft. Ca.15 politische Gefangene in Bundesgefängnissen wurden am 11.September in Isolationshaft verlegt und unter Kontaktsperre gestellt - einige Gefangene berichteten, dass auch Muslime, Araber und sogar Faschisten teilweise betroffen waren. Dabei fiel die Behandlung einzelner Gefangene unterschiedlich aus. Die Gefängnisleitungen und die Gefängnisbehörde taten ihr Bestes, das Ganze zu verschleiern. Erst nach dem zehnten Anruf der Frau des siebenundsiebzigjährigen Friedensaktivisten Philip Berrigan gab die Gefängnisleitung in Elkton, Ohio überhaupt zu, dass er in Isolationshaft war und weder Anrufe, Post oder Besuche empfangen dürfte. „Mir wurde weder gesagt wieso noch wie lange", sagte sie. Also schaltete sie das Büro der Senatorin von Maryland ein. Der erklärte die Gefängnisleitung, Berrigan sei infolge der Anschläge „zu seiner eigenen Sicherheit" verlegt worden. Am 20.September fragte die Senatorin Mikulski bei der Direktorin der Gefängnisbehörde schriftlich nach. In einem vom 1. Oktober datierten Brief wurde ihr mitgeteilt, Berrigan sei aus „Sicherheitsgründen während einer laufenden Untersuchung" in administrativer Haft (eine andere Bezeichnung für Isolationshaft), außerdem „kann



„Gefangene werden nicht gemacht"







Es gibt zahlreiche Berichte von „standrechtlichen Exekutionen" von gefangenen Taliban, die ihre Waffen niedergelegt haben, durch die Nordallianz. (Bildquelle: http://www.ananova.com/news/story/sm_44888 1.html) Die US-Regierung hat ausdrücklich dazu aufgerufen, die z.Zt. in Kunduz noch eingeschlossenen ausländischen Taliban-Kämpfer eher zu töten, als ihnen freien Abzug zu gewähren. Am 20. November erklärte US-Kriegsminister Rumsfeld der Presse, dass die US-Elitesoldaten, die im afghanischen Hinterland versuchen, den Taliban ihre Rückzugswege abzuschneiden, ebenfalls den Befehl haben, keine Gefangenen zu machen. "Die Vereinigten Staaten sind weder geneigt, über Übergaben zu verhandeln noch sind wir in der Lage, mit einer relativ kleinen Zahl von Bodentruppen Gefangene zu machen", sagte Rumsfeld bei der Pressekonferenz des Pentagon. (Zitiert nach Rainer Rupp, US-Befehl: Gefangene werden nicht gemacht, 20.11.)

der Gefängnisdirektor bestimmte Privilegien wie Besuche und Telefonate gelegentlich einschränken, um den ordentlichen Ablauf der Institution zu gewährleisten oder zum Schutz der Öffentlichkeit". Weiter wurde sie informiert, dass die Untersuchung schon beendet und Berrigan am 21.September in den Normalvollzug zurückverlegt worden und die Restriktionen aufgehoben seien.

Der puertoricanische Unabhängikeitsaktivist Antonio Comacho Negron, der in Allenwood, Pennsylvania, inhaftiert ist, wurde bis zum 2.Oktober ohne Kontakt zu Familie oder zum Rechtsanwalt in Isolationshaft festgehalten. Ihm wurden sogar seine Medikamenten gegen Magengeschwüre verweigert. Camacho sagt, er habe dadurch 15 Pfund abgenommen. Seine Anwältin, Susler, forderte am 2.Oktober eine schriftliche Erklärung der Gefängnisbehörde dazu. Ein Monat später hatte sie immer noch keine Antwort bekommen. Ein zweiter Mandant von ihr, Carlos Torres, der Vorsitzende der puertoricanischen Unabhängigkeitsbewegung FALN, wurde in Oxford, Wisconsin, ebenfalls in Isolationshaft verlegt, bekam aber regelmäßig Familienbesuch, Post und seine Medikamente. „Gefängnisangestellte", sagte Susler, „gaben an, sie seien verwundert, dass er in administrative Haft verlegt wurde, sie hätten nichts damit zu tun." Sie warteten auf die Anweisungen aus Washington. In Antwort auf ihre schriftliche Erkundigung zu den Gründen von Torres Isolationshaft schrieb die Gefängnisbehörde aber, „der Gefängnisdirektor hat festgestellt, dass Herr Torres gegenwärtig in administrativer Haft bleiben sollte". Dies solle aber nicht als „Schikane" oder „Bestrafung" aufgefasst werden.

Im Bundesgefängnis in Atlanta, Georgia, wurde Ray Luc Levasseur am 18.September in Isolationshaft verlegt und am 23.Oktober in den Normalvollzug zurückverlegt. Seiner Anwältin wurde von der Gefängnisleitung mitgeteilt, Fragen diesbezüglich an das Justizministerium zu richten. Als sie dies dann auch tat, weigerte sich das Justizministerium, ihr Auskunft über Levasseur mitzuteilen.

Richard William, Mitangeklagter von Levasseur und wie er zu 45 Jahren wegen Bombenangriffen auf Gebäude - u.a. auf Gerichtsgebäude - verurteilt, und Sundiata Acoli von der schwarzen Befreiungsarmee SLA, der 1973 zu lebenslänger Haft verurteilt wurde, befanden sich Anfang November immer noch in Isolationshaft. Williams musste bis zum 26.September warten, bevor er mit seinem Rechtsanwalt telefonieren durfte. In einem Brief vom 1.November beschrieb Williams den Vorgang am 11.September: „Ein Schließer kam in meine Zelle und sagte mir, ich solle ihm folgen. Er führte mich aus dem Trakt zu einem abgeschlossenen Korridor. Innerhalb einer halben Stunde waren wir zu zehnt. Als wir fragten, warum man uns einschließt, sagten sie, wir seien Terroristen und würden die Regierung hassen."

Erst am 25.Oktober durfte Sundiata Acoli mit Soffiyah Elijah, einem Mitglied seines Anwaltsteams, sprechen. Nach ihren Informationen kam die Anordnung für Acolis Isolationshaft aus Washington: „Der Gefängnisdirektor teilte ihm ein paar Wochen, nachdem er im Bunker war, mit, dass die Anordnung vom Justizministerium und vom FBI stamme. Das bestätigten mir gegenüber auch mindestens zwei verschiedene Anwälte der Gefängnisbehörde."

Mit den am 31.Oktober veröffentlichten und mit sofortiger Wirkung in Kraft getretenen neuen Gesetzesverordnungen „Nationale Sicherheit: die Verhinderung gewalttätiger und terroristischer Straftaten" wurde die Repressionsschlinge noch weiter angezogen. Robert Boyle, der Rechtsanwalt von Richard Williams, nannte die neuen Bestimmungen, „die Formalisierung dessen, was in den letzten sechs Wochen praktiziert wurde". Nach den neuen Verordnungen darf das Justizministerium „aufgrund Informationen vom Chef einer Bundesstrafverfolgungs- oder -nachrichtenbehörde" gegenüber bestimmten Gefangenen „spezielle administrative Maßnahmen" anwenden. Diese könnten u.a. „die Verlegung von Insassen in administrative Haft" und die Aussetzung von „Briefkontakten, Besuchen, Interviews mit Vertretern der Medien und Telefonaten vorsehen, wenn darin eine vertretbare Notwendigkeit zur Verhinderung von geheimen Information" gesehen wird. Diese Maßnahmen sind zwar nicht neu, die alten Gesetzesverordnungen ließen ähnliches zu. Auf dieser Grundlage wurden die Gefangenen in Isolationstrakte immer wieder verlegt und unter Kontaktsperre gestellt.

Nun wird aber die mögliche Dauer der Maßnahmen von 120 Tage auf je nach Diskretion des Gefängnisdirektors auf bis zu einem Jahr verlängert. Außerdem kann diese „aufgrund einer qualifizierten Bescheinigung" eines o.g. Behördenchefs um ein Jahr verlängert werden. Dies wird damit begründet, daß eswenn eine Drohung für die nationale Sicherheit festgestellt wird, dann „ keine logischen Gründe zur Annahme gibt, daß diese Drohung der nationalen Sicherheit nach 120 Tagen aufhören wird".

„Beängstigend und total neu" nennt Scott Fleming von der Anwaltsvereinigung National Lawyers Guild die neuen Bestimmungen, die das Überwachen von Gesprächen zwischen Anwälten und Mandaten zulassen. Nach diesen Bestimmungen kann „.... der Justizminister die Überwachung veranlassen aufgrund von Informationen des Chefs einer Bundesstrafverfolgungsbehörde oder eines Geheimdienstes, dass ein begründeter Verdacht besteht, nach dem ein bestimmter Insasse die Kommunikation mit Anwälten oder ihren Vertretern nutzen könnte, um terroristische Aktivitäten zu unterstützen oder zu ermöglichen ..." Auch kann „.... die Kommunikation zwischen dem Insassen und den Anwälten oder deren Vertretung.." überwacht werden. Danach wird nicht nur in dem Gefangenen ei-

ne Bedrohung gesehen, „sondern auch in dem Rechtsanwalt", sagt Fleming. Die ehemalige politische Gefangene und jetzige Mitarbeiterin einer Rechtshilfegruppe für Gefangene mit Kindern, Donna Wilmots, meint dazu: „Wenn der Staat so etwas macht, ist das für mich ein Versuchsballon, um rauszukriegen, wie viel präventive Haft toleriert wird. Was sie den Gefangenen antun, können sie jedem antun. Ich denke, es hat Auswirkungen auf alle, die eine abweichende Meinung haben."

Präventivhaft und Folter

In den neuen Verordnungen wird auch der „Insasse" neu definiert. Vorher waren dies alle Personen in Gewahrsam der Bundesgefängnisbehörde. Als Insassen gelten nun auch alle Personen, auch als „Zeugen Festgenommene oder sonstige," welche von der Immigrationsbehörde, von US-Marschalls oder anderen Bundesstrafverfolgungsbehörden festgehalten werden.

Seit dem 11.September sind fast 1.200 Menschen festgenommen worden, fast alle nahöstlicher Herkunft und/oder Muslime,. Die Regierung teilt nur mit, wie viele festgenommen wurden und wie viele wegen Verstoßes gegen die Einwanderungsgesetze verhaftet sind. Wie viele wieder freigelassen wurden bzw. noch inhaftiert sind, wem was genau vorgeworfen wird und unter welchen Bedingungen sie untergebracht sind, hält die Regierung geheim. Kate Martin vom Zentrum für Nationale Sicherheitsstudien vergleicht die Festnahmen mit dem „Verschwindenlassen" von Menschen in Lateinamerika.

Am 29.Oktober reichte eine Koalition von Bürgerrechtsorganisationen, darunter arabische und muslimische Organisationen, eine Klage beim Gericht ein, um die Bekanntgabe der Namen der Festgenommenen sowie die Begründungen der Festnahmen zu erzwingen. „Die Verhaftungen wegen Verstoßes gegen die Einwanderungsgesetze bei denjenigen, die irgendwie in Verbindung mit terroristischen Aktivitäten gebracht werden, sind Ausdruck der neuen Vorgehensweise, Anschläge zu verhindern", zitierten die BBC-Nachrichten am 20.Oktober Mindy Tucker, die Pressesprecherin des Justizministeriums.

Trotz Geheimhaltung erfährt die Öffentlichkeit erst allmählich mehr über die Haftbedingungen. Am 15.Oktober berichtete die Washington Post, dass die Festgenommenen in einer 2,4m mal 3m Zelle mit nur einem Bett und einer dünnen Bettdecke untergebracht sind, keinen Kontakt miteinander und mit ihren Familienangehörigen haben und nur beschränkten Kontakt zu ihren Anwälten. Sie dürfen nicht telefonieren, haben keinen Hofgang und eingeschränkte Duschmöglichkeiten. Ihnen wird muslimische Kost verweigert, und die Schließer hau-

Solidarität mit Hanns Heim!

20. November 2001

Liebe Freunde!

Da ich - jetzt schon wieder fast eine Woche - im Knast sitze, Erzwingungshaft - ich nenne es Erpressungshaft -, will versuchen, die Sache Euch etwas darzustellen.

Es war vor etwa 20 Jahren, wenn ich mich recht entsinne in der Nacht, nachdem das Parlament den sog. Nato-Doppelbeschluss billigte, dass ich an die Gefängnismauer des damals in Bau befindlichen Frauenknastes Plötzensee hinsprühte:

„Hier baut die Bundesrepublik an unserer Zukunft."

Es war eine Art Kriegserklärung: Ein Staat, der so was tut, und ich - wir, das geht nicht zusammen.

Dafür erhielt ich eine mehrwöchige Ersatz-Freiheitsstrafe, die ich bis zum letzten Tag absaß. Dann blieb aber noch die Schadensersatzforderung von 500,- DM für die Reinigung der „beschmutzten" Gefängnismauer.

Ich weigerte mich. Der Gerichtsvollzieher kam, fand aber nichts zum Mitnehmen; schließlich die Aufforderung, einen Offenbarungseid zu leisten. Ich weigerte mich, bis sie mich letzten Mittwoch vom Frühstück weg abholten. Die Androhung: bis zu einem halben Jahr Erzwingungshaft, wenn ich den Eid verweigere. (Die Forderungen belaufen sich unterdessen auf 1200,- DM und werden wohl durch die Haft weiter anwachsen.)

Nun, ich werde nicht bezahlen und auch keinen Eid leisten, und ich will auch nicht, dass irgend jemand sonst das tut.

Die Aufregung um den Nato-Doppelbeschluss hat sich zwar gelegt unterdessen. Der Kalte Krieg ist zuende. - Aber die Waffen sind weitgehend geblieben. Kürzlich habe ich gelesen, dass in den USA eine Mehrheit den Einsatz von Atomwaffen in Afghanistan begrüßen würde, d.h. der Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen - oder nur deren Androhung zwecks politischer Erpressung - ist sogar salonfähiger geworden. Wir sind weiter entfernt denn je von einer allgemeinen Ächtung, wie es - im Prinzip wenigstens - bei Landminen geglückt ist.

Zwar bin ich kein Pazifist, aber dennoch erweckt auch die gegenwärtige Zurichtung der Bundeswehr für weltweite Interventionen meinen entschiedenen Widerspruch. Ich befürchte, dass diese Einsätze unter welchem Vorwand auch immer hauptsächlich der militärischen Absicherung weltweiter Ausbeutungsstrukturen dienen - Ausbeutung der Rohstoffe wie Ausbeutung billiger menschlicher Arbeitskraft.

Nein, auch aus heutiger Sicht kann ich den Spruch, den ich vor 20 Jahren an die Wand sprühte, nicht als bloßen Schaden abtun lassen, den ich wieder gut zu machen hätte!

Soweit meine „Bekenntnisse".

Über Post freue ich mich natürlich.

Hanns Heim
z.Zt. JVA Lehrter Str. 61 (Haus 3, 2. Stock, Zelle 30), 10557 Berlin

Staatsterrorismus nach dem 11.9.: Indien

Wie praktisch alle die Kriegsallianz unterstützenden Staaten nutzt auch Indien die Situation, um mit immer neuen Gesetzen und Verordnungen jede Opposition buchstäblich ersticken zu können.

Am 27. September verbot die Zentralregierung die Islamische Studentenbewegung Indiens (Simi), ordnete Razzien in zehn Bundesstaaten an, ließ überall deren Büros schließen und 120 AktivistInnen verhaften. In den letzten Jahren hatte Simi immer wieder gegen die Angriffe auf die muslimische Minderheit (in Indien leben rund 120 Mio. Muslime, mehr als in allen anderen Ländern der Welt mit Ausnahme Indonesiens), deren Einrichtungen und Moscheen protestiert. Am 17. Oktober legte die Koalition den Entwurf eines neuen Antiterror-Gesetzes vor, das erhebliche Einschränkungen der Informations- und Meinungsfreiheit vorsieht. Demnach darf die Polizei alle „Störenfriede" bis zu drei Monaten festhalten, ohne dass diese einem Haftrichter vorgeführt werden müssen. MenschenrechtlerInnen vergleichen das Gesetz mit den Notstandsverordnungen (1975-1977) von Indira Gandhi; damals wurden fast 35.000 Oppositionelle eingesperrt. Die Folgen dieser neuen Repressionswelle lassen nicht lange auf sich warten. Am 27. Oktober gab es in Malegaon (Bundesstaat Maharashtra) zu ersten ernsten Zusammenstößen zwischen Hindus und Muslimen. Einige Jugendliche verteilten Handzettel, in denen sie zum Boykott US-amerikanischer und britischer Waren aufriefen, die Polizei griff ein, am Ende lagen sieben Menschen tot am Boden und 50 verletzt im Krankenhaus.

Zugleich nutzt die Regierung die Gelegenheit zur Verschärfung des Kaschmirkonfliktes. Kurz vor Colin Powells Besuch in Neu-Delhi Mitte brachen indischen Truppen erstmals den voriges Jahr mit Pakistan vereinbarten Waffenstillstand: Sie feuerten über die Grenze, rund 30 pakistanisch-muslimische Kämpfer wurden dabei getötet. „Wenn US-Truppen zehntausend Kilometer entfernt Terroristen und die Taliban-Regierung angreifen dürfen, muss Indien ja wohl erlaubt sein, im Interesse der nationalen Sicherheit zu handeln", sagte ein ehemaliger Minister. Und der Chefminister von Uttar Pradesh fügte hinzu: „Pakistan muss begreifen, dass wir den Terrorismus entschieden bekämpfen."

(Redaktion nach: *WoZ*, 15.11.)

en unnötigerweise alle zwei Stunden beim Zählappell gegen die Zellentüren.

Bei Anwaltsbesuchen werden ihnen Hand- und Fußketten angelegt, und sie werden von bis zu sechs Schließern bewacht. Das Gespräch findet durch eine Trennscheibe statt. Es wurde auch von Prügeleien, rassistischer Schikanierung und anderen Misshandlungen berichtet.

Trotz der Masseninhaftierung ist die Polizei mit ihren Ermittlungen nicht viel weiter als am 11.September und wird zunehmend frustrierter. Inzwischen wird offen über andere Verhörmethoden gedacht. Die Londoner Times berichtete am 22.Oktober, dass das FBI überlegt, Folter bei Verhören anzuwenden. „Wir sind jetzt 35 Tage dabei und keiner redet," wird ein hochrangiger Beamte vom FBI auch in der Washington Post vom 21.Oktober zitiert, „es wird allmählich frustrierend". In dem Artikel wird über alternative Strategien diskutiert, wie „Drogen oder Schütteln", ähnlich denen, die in Israel bei Verhören angewendet werden. Eine andere Idee besteht darin, Verdächtige in verbündete Länder auszuweisen, wo die Sicherheitskräfte manchmal Drohungen gegen Familienangehörigen oder Folter anwenden."

Mindestens einer der Festgenommenen ist in Haft gestorben. Am 23.Oktober wurde der 55-jährige Pakistani Muhammed Butt in seiner Zelle tot aufgefunden. Bis sein Tod bekannt gegeben wurde, wusste weder seine Familie oder die pakistanische Community noch das pakistanische Konsulat von seiner Festnahme. Das Justizministerium hat mittlerweile bestätigt, dass es keine Beweise für Kontakt zu den Tätern von 11.September gebe. Er wurde verhaftet wegen Verstoß gegen die Immigrationsgesetze und sollte ausgewiesen werden. Nach dem Autopsiebericht starb er an Herzversagen.

Nach einem Bericht der Sun vom 11.November wurde im Mayo Krankenhaus in Lahore, Pakistan eine zweite Autopsie durchgeführt. Der Cousin des Verstorbenen, Aziz Butt, teilte mit, dass die Autopsie mehrere Knochenbrüche in Brust- und Beinbereich festgestellt habe, welche darauf hinwiesen, dass Muhammed Butt vor seinem Tod schwer gefoltert wurde. Die Familie hatte ernsthafte Schwierigkeiten gehabt, den Leichnam nach Pakistan zu bekommen. Das FBI hatte ursprünglich darauf bestanden, Butt in den Vereinigten Staaten zu begraben.

Nach einer Umfrage von CNN sind 45% der US-Bürger nicht gegen Folter, wenn die Polizei dadurch Information über Terrorismus erhält.

Militärtribunale

Bürgerrechtler und Rechtsanwälte sind angesichts der Flut von neuen repressiven Verordnungen der US-Regierung im sog. „Kampf gegen den Terrorismus" in heller Aufregung. Mittlerweile wird die Schlinge der Repression sogar den Rechten zu eng. In den New York Times vom 15.November schrieb William Safire: „Von einem frustrierten und in Panik geratenen Justizminister falsch beraten, hat gerade ein Präsident der Vereinigten Staaten die diktatorische Macht ergriffen, Ausländer zu inhaftieren oder hinzurichten. Von Terroristen eingeschüchtert und mit dem leidenschaftlichen Ruf nach harter Gerechtigkeit erlauben wir es George W. Bush, die amerikanische Rechtsstaatlichkeit durch militärische Känguru-Gerichte* zu ersetzen. In seiner berüchtigten Notstandsverordnung gesteht Bush ein, das Fundament des Rechtssystems der Vereinigten Staaten, ‚rechtsstaatliche Prinzipien und die Regeln der Beweislast', abzuschaffen."

Die Rede ist von der von Bush am 13.November erlassenen Verordnung betr. „Festnahme, Behandlung und Verfahren von Nicht-US-Bürgern im Krieg gegen den Terrorismus". Danach kann jeder des Terrorismus verdächtigte Ausländer vor ein militärisches Tribunal gestellt werden. „Er nimmt sich die Macht, die Gerichte zu umgehen und seine eigenen Kriegsgerichttribunale einzuberufen, eine militärische Kommission, die über Nicht-US-Burger richten soll, vor denen der Präsident bloß behaupten müsse, es gäbe ‚Gründe zu der Annahme', sie seien Mitglieder terroristischer Organisationen. Nicht mit seiner vorherigen Entscheidung zufrieden, der Polizei das Abhören des Gespräches eines Verdächtigten mit seinem Anwalt zu erlauben, entzieht Bush nun den ausländischen Verdächtigten sogar die beschränkten Rechte eines Kriegsgerichts. Sein Känguru-Gericht kann sich auf die nationale Sicherheit berufen, um Beweise zu unterdrücken, und seine eigenen Regeln aufstellen, einen Angeklagten schuldig sprechen - auch wenn ein Drittel der Offiziere anderer Meinung sind - und den Ausländer ohne Überprüfung eines zivilen Gerichts [weder national noch international] hinrichten. Der richterliche Zweig und die unabhängige Jury stehen nicht mehr zwischen der Regierung und dem Angeklagten. Anstatt dieser - in unserem Rechtssystems zentralen - Kontrollen und Gegengewichten stehen Nicht-US-Bürger eine Exekutive gegenüber, die Ermittler, Staatsanwalt, Richter, Geschworene und Gefängnisschließer oder Scharfrichter ist. In einer Orwellschen Verdrehung nennt Bushs Verordnung diesen Schandfleck sowjetischen Typs ‚ein ordentliches und faires Verfahren.'"

C.

* Im Angelsächsischen gebräuchliche Bezeichnung Gerichte, die einfachsten rechtsstaatlichen Grundsätzen Hohn sprechen

Quellen:
http://www.thenation.com
http://www.progressive.org/0901/amc1201.html
www.workers.org
http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A64308-2001Nov8.html
http://www.alternet.org/story.html?StoryID=11882
http://www.nytimes.com/2001/11/15/opinion/15SAFI.html

Logik außer Kraft gesetzt

Imam Jamil Al-Amin in Georgia droht nach Terroranschlägen in USA unfairer Prozess

Von Mumia Abu-Jamal

Der Kampf um die Freiheit von Jamil Al-Amin, Muslim aus Atlanta, Georgia, muss jetzt geführt werden, bevor sich der kalte Griff des Staates um seinen Hals legen kann.

Die Presse hat bereits eine Kampagne gegen ihn entfesselt, die nur als voreingenommen und vorverurteilend bezeichnet werden kann. Darin wird versucht, ihn als gefährlichen und gewalttätigen Radikalen zu brandmarken. In jedem nennenswerten Beitrag wurde seine kurze Mitgliedschaft in der Black Panther Party erwähnt, aber seine Mitarbeit in anderen Organisationen fiel



in der Regel unter den Tisch. Am allerwenigsten wurde von seinem Leben als muslimischer Imam berichtet, der als Aktivist gegen die Drogen und für die Verbesserung der Situation der gesamten afroamerikanischen Gemeinde kämpfte.

Imam Jamils politisches Leben hat nicht erst bei den Black Panthers begonnen, als er noch Rap Brown hieß. Tatsächlich belegen Aufsätze von führenden Panthers wie Huey P. Newton oder Elaine Brown, dass Jamil zusammen mit Kwame Turé und James Forman für die Black Panther Party „rekrutiert" worden war, eine „Rekrutierung", die vom FBI sabotiert wurde und deshalb nur ein paar Monate dauerte. Bevor er zum Islam konvertierte, war Imam Jamil die meiste Zeit seines politischen Lebens Gruppenleiter und Aktivist des Student Non-Violant Coordinating Committee gewesen (SNCC, kurz „Snick" genannt). Aber was ist „pikanter" für die Medien, seine sechsmonati-

ge Liaison mit den Black Panthers oder seine sechsjährige Mitarbeit beim SNCC? Was steht mehr für die radikale Zeit seiner Jugend? Was lässt sich am besten für seine Vorverurteilung nutzen? Imam Jamil war aber nicht nur ein geistlicher Führer, er war auch ein Geschäftsmann, der einen Laden betrieb. Diese Eigenschaften eigneten sich nicht so gut für die Projektionen der überregionalen Medien.

Verhaftet worden war Jamil vor einem Jahr in Verbindung mit den Schüssen auf zwei Hilfssheriffs aus Atlanta. Erste Polizeiberichte stellten damals in aller Deutlichkeit fest, der Imam sei unschuldig und habe mit den Vorwürfen nichts zu tun. Der überlebende Hilfssheriff erzählte den ermittelnden Beamten, er habe auf den Angreifer geschossen - Al-Amin aber war bei seiner Festnahme unverletzt. Ein anderer Polizeizeuge sagte aus, der mutmaßliche Täter habe graue Augen gehabt - Al-Amins Augen aber sind dunkelbraun.

Als die Jury in diesem Mordprozess gewählt wurde, waren gerade die Flugzeuge ins World Trade Center gestürzt, und das hatte eine Woge des Hasses gegen viele Menschen der islamischen Gemeinde der USA ausgelöst. Wenn Furcht und Hass den Verstand besetzen, hat Logik keine Chance mehr.

Deshalb liegt Jamil Al-Amins Freiheit in den Händen derer, die ihre Solidarität jetzt zum Ausdruck bringen und nicht erst später. Fairness wird nicht dadurch erreicht, dass man ein ungerechtes Urteil revidiert, sondern dadurch, dass man ein solches Urteil von vornherein verhindert.

Übersetzung: Jürgen Heiser
** Infos: www.ImamJamil.com*
Aus: junge Welt, 17./18.11.

Ein Brief von Thomas Meyer Falk

Selektion und Rasterfahndung nach dem 11. September 2001

Es gibt in der deutschen Sprache bestimmte Begriffe, die einen schalen Beigeschmack haben. „Selektion" ist ein solches Wort, denn im Nazi-Reich von 1933 bis 1945 wurde beispielsweise an der Rampe im KZ Auschwitz vom KZ-Arzt Mengele „selektiert" - jene Menschen die sogleich ermordet werden würden, bildeten sodann die eine Gruppe, und jene die noch eine Weile leben „durften", die andere Gruppe, Opfer für seine „Experimente" eine weitere Gruppe. Heute wird wieder „selektiert"!

So ordnete im Zuge der Rasterfahndung, d.h. der systematischen Durchforstung von bestimmten Datenbanken, das Amtsgericht Düsseldorf an, dass beispielsweise bei den Einwohnermeldeämtern, aber auch allen Fachhochschulen und Universitäten, wie auch dem „Ausländer-Zentralregister" nach folgenden „Kriterien der Personenselektion" vorzugehen und zu suchen sei: männlich, Geburtsdatum zwischen 1.10.1960 und 1.10.1983, Name, Geburtsname, Vorname und vieles mehr.

Der Autor dieses kleinen Artikels war von 1993 bis 1998 an einer Gesamthochschule im Bezirk dieses Gerichts immatrikuliert, also beschwerte er sich gegen den Beschluss des Gerichts, da seiner Ansicht nach seine Daten die Polizei-& Geheimdienstbehörden nichts angehen würden; ausweislich des Beschlusses wurden nämlich alle Universitäten, Hoch- und Fachhochschulen gezwungen, die Daten über alle jetzigen und ehemaligen Studenten herauszugeben, die zwischen 1960 und 1983 geboren worden waren.

Anstatt die politische Argumentation des Beschwerdeführers sachlich zu widerlegen, denn er rügte unter anderem, dass gar keine reale Gefährdungslage gegeben sei, welche dieses Ausspähen der Daten auch nur ansatzweise rechtfertigen könnte, im Übrigen sei nicht die BRD, sondern das Pentagon und das WTC in den USA angegriffen worden, folgte das Landgericht Düsseldorf (Beschluss v. 30.10.01, AZ 25T 874/01) der abwegigen „Argumentation" des Polizeipräsidenten kritiklos. Auf S. 4 des Beschlusses heißt es: „Es besteht eine gegenwärtige Gefährdung für die Sicherheit des Bundes oder eines Landes. Gegenwärtig ist danach eine Gefahr, wenn das schädigende Ereignis bereits begonnen hat, oder wenn die Störung in al-

Nachrichten von Mumia und der Solidaritätsbewegung

Mumia: Richterin verweigert Wiederaufnahme des Berufungsprozesses

Philadelphia. Richterin Pamela Denbe lehnte Mumias Antrag auf Wiederaufnahme des Berufungsprozesses ab. Nach Denbe sei sie nicht dafür zuständig. Vor zwei Jahren hat Mumia seine Berufungsmöglichkeiten in Bundesstaat Pennsylvania erschöpft. In seinem Antrag argumentierte er, die Verteidigung habe neue Beweise seiner Unschuld, inklusive ein Mordgeständnis von Arnold Beverly. In seinem Geständnis von 1999 behauptet Beverly, er sei von der Mafia bezahlt worden, Daniel Faulkner zu töten, weil dieser sich gegen Polizeikorruption und Schmiergeldbezahlung stellte.

Mumias damalige Anwälte hatten dieses Geständnis keinem Gericht vorgelegt. Damit, argumentierte Mumia, haben sie ihn unzureichend vertreten, und er verdiene eine neue Anhörung. Die Staatsanwaltschaft forderte Denbe auf, den Antrag abzulehnen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen muss einen Antrag auf eine neue Anhörung spätestens 60 Tage, nachdem die Verteidigung von der Information erfahren hat, die eine Aufhebung einer Verurteilung rechtfertigen würde, gestellt werden. Die Frist wurde nicht eingehalten, behauptete die Staatsanwaltschaft, da Mumia selber seit zwei Jahren von der Existenz des Geständnis wußte.

http://inq.philly.com

Ein Todesurteil des Richters Sabo aufgehoben

In Pennsylvania hat ein Bundesrichter das Todesurteil gegen einen ehemaligen Tankwart, O. Peterkin, aufgehoben, der 1982 verurteil wurde, seinen Arbeitgeber und einen Arbeitskollegen getötet zu haben, um einen Raub vorzutäuschen. Der Richter ordnete ein neues Verfahren innerhalb von 20 Tagen oder seine Freilassung an.

In seiner Urteilsbegründung stellte Richter J. Curtis Joyner fest, dass der Staatsanwalt sein Amt missbrauchte, u.a. weil er in seinem Abschlussplädoyer spekulierte, was die Aussagen der Opfer gewesen wäre, hätten sie es überlebt und den Geschworenen andeutete, wie schmerzhaft ihr Tod war, und ihnen sagte, „Gnade spielt keine Rolle", wenn es um die Todesstrafe geht. Der Strafverteidiger versäumte es, potenzielle Augenzeugen und einen möglichen Charakterzeugen zu befragen, und Richter Sabo, der auch Mumia Abu-Jamal zum Tode verurteilt hat, beging solche Fehler, dass Peterkin kein faires Verfahren hatte.

Mumia für Wiederwahl missbraucht

Weil sie „entschieden gegen" ein neues Verfahren für Mumia ist, sollen die WählerInnen in Philadelphia die Oberstaatsanwältin Lynne Abrahams wiederzuwählen. So werben Anzeigen bei Radio WPHT. Die Anzeigen laufen vor allem in der von Michael Smerconish moderierte Sendung. Smerconish ist mit der Witwe von Daniel Faulkner befreundet, den Mumia angeblich erschoss, und ist Anwalt der Polizeigewerkschaft FOP.

Bekannt als die „tödlichste Staatsanwältin der USA", hat Abraham seit ihr Wahl zur Staatsanwältin mehr als 100 Afroamerikaner in den Todestrakt geschickt. Ihr Law-and-Order-Wahn gilt nur für die afroamerikanische Community und andere Minderheiten.

Nachdem in Januar schwarze Stundenten von Rassisten angegriffen wurden, erhob Abraham Anklage gegen die Studenten. Sie behandelte weiße Teenager, denen vorgeworfen wurde, ein schwarzes Kind vergewaltigt zu haben, nicht als Erwachsene, schickte hingegen ein geistig behindertes afroamerikanisches Kind in ein Gefängnis mit Erwachsenen zusammen.

Vor ihrer Wahl zur Staatsanwältin 1991 war Abraham Richterin und arbeitete mit Albert Sabo zusammen. Es war Abraham, die die Haftbefehle gegen MOVE-Mitglieder 1977 unterzeichnete und damit die Erstürmung des

S. 6 u.

lernächster Zeit mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eintritt. Diese Annahme ist aufgrund der Anschläge vom 11.September 2001 in New York und der sich daraus ergebenden Reaktionen gerechtfertigt. Dies ergibt sich bereits daraus, dass seitens der Bundesregierung die uneingeschränkte Solidarität - ggf. auch mit militärischen Mitteln - mit dem Vorgehen der USA wiederholt bekundet wurde."

Hier wurde eine Datensammelaktion genehmigt und eine Beschwerde dagegen verworfen, ohne dass auch nur im Ansatz erkennbar würde, wie diese Aktion helfen können sollte angebliche „Schläfer" (Sleepers) aufzuspüren. Vielmehr werden alle Studenten, Nicht-Deutsche und Deutsche, einem Generalverdacht ausgesetzt; um selektiert zu werden reicht schon der Umstand, irgendwann einmal Student gewesen zu sein! Orwell hatte vor vielen Jahrzehnten seine Vision in „1984" veröffentlicht - daran orientiert sich die heutige Realität. Verdächtig macht sich, wer sich unauffällig verhält - und wer auffällt, der macht sich sowieso verdächtig. Der Polizei- und Überwachungsstaat steht nicht vor der Türe, er steht mitten in unseren Wohnungen!

Nein zu Polizeistaat! Nein zu Überwachung! Nein zur Rasterfahndung!

Für eine freie und gerechte Welt! Viva la Anarchie!

Thomas Meyer-Falk, z.Zt. JVA -Zelle 3117, Schönbornstraße 32, D-76646, Bruchsal

Ein Brief von Thomas Meyer Falk

Deutscher Militarismus nach dem 11. September 2001

I. Vorbemerkung

„Peking muss regelrecht angegriffen und dem Erdboden gleichgemacht werden. Peking muss rasiert werden. Es ist der Kampf Asiens gegen das ganze Europa." So schrieb es am 20.Juli 1900 Kaiser Wilhelm der II. Wenige Tage später sprach er zu den deutschen Soldaten, um sie auf den Vernichtungsfeldzug in China einzuschwören:

„Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht. Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter König Etzel sich einen Namen gemacht haben, der sie noch jetzt in Überlieferungen und Märchen gewaltig erscheinen lässt, so muss der Name ‚Deutscher' in China auf tausend Jahren durch euch in einer Weise bestätigt werden, dass niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen."

Eine ähnliche Wortwahl ist heute wieder aus der deutschen Regierung zu hören.

II. Historischer Rückblick

Im Jahre 1900 zog die deutsche Armee plündernd und mordend durch China und ermordete Zehntausende von Chinesinnen und Chinesen aus Rache für die Hinrichtung ihres deutschen Botschafters in China durch einen Revolutionär.

Nur wenige Jahre später vernichteten die deutschen Imperialisten in „Deutschsüdwestafrika", dem heutigen Namibia über 80% der Herero und über 50% der Nama.

In vielleicht geläufigerer Erinnerung ist uns der entfesselte deutsche Soldatenmob von 1914 bis 1918, der rund 10Millionen Menschen das Leben kostete und als der 1.Weltkrieg unrühmliche Bedeutung erlangte.

Am 1.9.1939 wurde Polen überfallen, am 22.6.1941 überfiel diese verbrecherische deutsche Wehrmacht die Sozialistische Sowjetunion. 20Millionen sowjetische Bürgerinnen und Bürger wurden im Zuge des nazifaschistischen Überfalls ermordet. Zwischen diesen beiden Angriffen lagen Überfälle im Mai 1940 auf Belgien, Luxemburg, die Niederlande und Frankreich und als weiterer Schritt zur Eroberung der Weltherrschaft, 1941 Überfälle der Nazis auf Jugoslawien und Griechenland.

Als die faschistische deutsche Armee besiegt schien, begann in den 50er-Jahren in Westdeutschland der offene Aufbau einer neuen deutschen Armee. 1958 schließlich stammten 12.900 Offiziere der „demokratischen" Bundeswehr aus der Nazi-Wehrmacht. Durch Befehl des Bundeskriegsministers Blank vom 1.9.1956 wurden ehemalige SS-Offiziere in die neu gegründete Armee übernommen. SS-Oberscharführer im Rang

---

Haus von MOVE legalisierte. Bei der Erstürmung wurde ein Polizist erschossen, höchstwahrscheinlich von den eigenen Kollegen. Neun MOVE-Mitglieder wurden zu Haftstrafen von 30 Jahren bis lebenslänglich verurteilt. Als die Polizei 1985 das MOVE-Haus in Osage Avenue mit Feuerbomben angriff und 11 Menschen tötete, die Hälfte davon Kinder, hatte die Polizei wieder von Abraham unterzeichnete Haftbefehle in der Tasche. Während ihrer Wahlkampagne haben viele Demonstranten „Kindermörderin" gerufen, um sie um ihre Taten zu erinnern.

Als Mumia 1981 mit einem Schussverletzung im Krankenhaus lag, ging Abraham hin, um die Anklage wegen Mord an Daniel Faulkner persönlich zu verlesen.

Mumia und Sacco und Vanzetti

Am 2.November reichte Mumias Anwaltsteam bei Richter Yohn einen Zeitschriftenartikel aus dem Jahre 1927 vom damaligen Richter des Obersten Gerichts, Felix Frankfurter, zu Sacco und Vanzetti ein. Sie wiesen auf die „direkten und beängstigenden historischen Parallele" zwischen beiden Fällen hin und fordern Richter Yohn auf, „dafür zu sorgen, dass sich die Geschichte in diesem Falle nicht wiederholt und ein unschuldiger Mensch hingerichtet wird, während das Geständnis des wahren Mörders ignoriert wird. Im Mai dieses Jahr reichte Mumia Anwälte ein schriftliches Geständnis von Arnold Beverly aus dem Jahr 1999, in dem er gesteht den Polizisten Faulkner erschossen zu haben und Mumia nichts mit dem Mord zu tun hatte. Yohn weigerte sich das Geständnis als Beweis zuzulassen mit der Begründung es sei verjährt.



www.mumia.org

MOVE-Unterstützer schikaniert

Mitte November wurden Philadelphia zwei MOVE-Unterstützer von der Polizei beim Plakatieren beobachtet. Als sie feststellten, dass die Plakate zur Freilassung Mumia Abu-Jamals aufriefen, führen sie mit Blaulicht den beiden Männer hinterher. Beide wurden gezwungen, ins Auto einzusteigen. Dann fuhren die Polizisten zurück zur Straßenkreuzung und forderten sie auf, ein älteres festgeklebten Plakat abzukratzen. Während sie versuchten, das Plakat abzukratzen, machten die Bullen Witze und lachten. Dann nahm einer den Stapel Plakate, warf sie in den Dreck und sagte, „lass euch das eine Lektion sein, Bullenmörder zu unterstützen".

Die beiden Männer wurden dann gezwungen, wieder ins Auto einzusteigen, und wurden kreuz und quer durch die Stadt gefahren, bis das Auto in einer engen, dunklen Seitenstraße anhielt. Die Männer hatten Angst und dachten, sie würden verprügelt oder sogar erschossen. Plötzlich führ das Auto weiter und hielt an einem Block an, wo 15 bis 20 junge Schwarzen rumstanden.

Die beiden Männer mussten aussteigen. „Eigentlich sind diese Schwarzen ganz nett", sagte einer der Polizisten, „man muss nur wissen, wie man sie behandelt." Und dann leise, „lass uns sehen wie sehr ihr die Negern jetzt mögt". Anschließend führen die Polizisten weg. Anstatt die Weisen zu verprügeln, wie die Cops hofften, unterhielten sie sich mit den Leuten und erklärten ihnen, was die Polizei in ihrer Community macht. „Diese verdammten rassistischen Bullen machen ständig solche Sachen."

Leonard Peltier

Am 2.November reichte Eric Seitz vom Leonard Peltiers Anwaltsteam einen Antrag auf Strafminderung beim Gericht ein. Das Gericht soll seine Haftstrafe von zweimal lebenslänglich hintereinander auf gleichzeitig laufende Strafe reduzieren. Da Leonard schon 25 Jahre in Gefängnis sitzt, könnte er möglicherweise vorzeitig entlassen.

www.freepeltier.org

eines Feldwebels, SS-Untersturmführer im Range von Leutnants, und so weiter.

1999 schließlich hatte die deutsche Armee Gelegenheit erstmals seit Ende 1945 wieder an einem Angriffskrieg teilzunehmen und ergriff freudig diese Möglichkeit. Kriegsminister Scharping führte den dritten Überfall auf Jugoslawien im 20.Jahrhundert an, er und sein Regierungskollege Fischer erfanden angebliche Konzentrationslager in Serbien und so manche Lüge mehr wurde zur Rechtfertigung dieses Überfalls in die Welt gesetzt. (Beiläufig sei bemerkt, dass Bundeskanzler Schröder und die deutschen Minister Scharping und Fischer von einem unabhängigen serbischen Gericht im Jahre 2000 wegen Kriegsverbrechen verurteilt wurden.)

III. Deutsche Armee nach dem 11.09.

Nachdem ein Angriff auf das Pentagon und das World Trade Center in den USA am 11. September 2001 zu einem Angriff auf die „westliche Zivilisation" hochstilisiert wurde, verkündete der deutsche Bundeskanzler Schröder am 06.November 2001, dass sich nun die deutsche Armee an dem von der USA geführten Angriffskrieg auf Afghanistan beteiligen werde.

Nun erschließt sich auch die Bedeutung der Vorbemerkung, denn mit ganz ähnlicher Wortwahl und mit eben gleicher Gesinnung wird zum wiederholten Male die kriegerische deutsche Armee wehrlose & unschuldige Menschen töten, um so dem deutschen und internationalen Imperialismus zum „Endsieg" zu verhelfen. Es sind nicht die vielzitierten Menschenrechte, die geschützt werden sollen, sondern geopolitische und geostrategische Machtpositionen im Nahen Osten und in Vorderasien.

Jede und jeder, der heute Bombenangriffe auf das Taliban-Regime fordert, dies aber nicht schon vor dem 11.September 2001 getan hat, sollte ruhig sein! Selbstverständlich ist dieses Regime eine menschenverachtende Diktatur; aber dies rechtfertigt keine Ermordung hunderter Zivilistinnen und Zivilisten! Und was menschenverachtende Politik angeht, hat gerade die deutsche, aber auch die US-Regierung ein bedeutendes Maß an Erfahrung, denn bei ein wenig gutem Willen müssten nicht täglich 24.000 Menschen weltweit alleine an Hunger sterben, um nur ein einziges Beispiel unter vielen zu nennen.

Die deutsche Armee steht in historischer und personeller Kontinuität der deutschen Armee die 1900 in China, 1939 in Polen, 1941 in der Sowjetunion und 1999 erneut in Jugoslawien einfiel und Millionen Menschen Leib, Leben und die Freiheit kostete.

Deshalb:

Nein - zu einem deutschen Militäreinsatz in Afghanistan!
Nein - zu militärischer Hilfe für die USA oder anderer NATO Staaten!
Nein - zum deutschen Imperialismus und Militarismus!
Für eine Abschaffung der deutschen Armee!
Für Freiheit und Gerechtigkeit!

Thomas Meyer-Falk

Bündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz

Von Genua nach München

Stoppt die Kriegspolitik der Nato! Gegen das Treffen der Welt-Kriegselite!

Wie jedes Jahr findet im Februar die „Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik" (die frühere Wehrkundetagung) statt, ein Treffen von Regierungsvertretern der Nato-Staaten und rund 200 hochkarätigen Militärstrategen, Generälen und Rüstungsexperten.

Die versammelten EU- und Nato-Repräsentanten, die Kriegs- und Außenminister der USA, Deutschlands und der übrigen EU-Staaten wollen der Öffentlichkeit vorgaukeln, bei dieser Konferenz gehe es um die Wahrung des Friedens auf der Welt und um internationale Sicherheit. Das Gegenteil ist richtig: Sie planen den nächsten Krieg!

Hinter den verschlossenen Türen im Nobelhotel „Bayerischer Hof" - abgeschirmt von der Öffentlichkeit - entwerfen sie neue Feindbilder und schmieden Pläne für zukünftige Militärinterventionen nach dem Muster der NATO-Aggression gegen Jugoslawien. Sie reden nicht über Sicherheit, sondern über die Aufstellung schlagkräftiger mobiler Eingreiftruppen, über neue milliardenschwere Rüstungsprogramme und über die Stationierung modernster High-Tech-Waffensysteme im Weltraum. Jahr für Jahr geben die Nato-Staaten dafür rund 1.000 Milliarden Mark aus.

Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der USA, Deutschlands und der EU betrachten sich als die „Herren der Welt". Sie beanspruchen für sich das Recht „auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt". Die USA, Deutschland und die EU wollen ihre wirtschaftlichen Interessen und ihre globalen Machtansprüche notfalls mit militärischer Gewalt gegen den Rest der Welt durchsetzen - entweder gemeinsam mit der NATO oder in militärischen Alleingängen der USA oder der EU.

Die weltweite kapitalistische Ausbeutung und ihre militärische Absicherung sind zwei Seiten ein- und derselben Medaille, eines Systems, das sich ausschließlich am Profit orientiert und das sowohl in Friedens- wie in Kriegszeiten über Leichen geht. Dazu gehören die hermetische Abschottung der Außengrenzen der EU und der USA gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen; und in Deutschland: rassistische AusländerInnengesetze, die Abschaffung des Asylrechts, Naziterror und Mord.

Kein Frieden mit den Kriegsplanern!

Die Münchner Sicherheitskonferenz ist kein lokales Ereignis. Sie ist das Davos der Nato und ihrer Militärstrategen. Deshalb:

Mischt euch ein: Gegen das Treffen der Welt-Kriegselite in München!

Stoppt die Kriegspolitik der Nato-Staaten!

Wir rufen auf zu massiven Protestaktionen, damit diese Nato-Konferenz nicht so störungsfrei wie bisher über die Bühne geht.

Wir rufen auf zur:

Kundgebung, 1. Februar 2002, 17.00 Uhr Marienplatz anlässlich des Empfangs der Tagungsteilnehmer durch die Landeshauptstadt München im Alten Rathaus

Demonstration zum Tagungsort
Samstag, 2. Februar 2002, 12.00 Uhr Marienplatz

Abends: Gegenkonferenz oder Großveranstaltung

Erstunterzeichner:

Münchner Bündnis gegen Rassismus • AKM - Antifaschistisch Kämpfen München • AStA der Geschwister-Scholl-Universität München • Arbeitskreis Internationalismus des AStA • Bayerischer Flüchtlingsrat • Deutscher Freidenkerverband München • DKP Kreisverband München • internationale sozialistische linke (isl) • Libertad! • Linksruck München • Netzwerk Selbsthilfe e.V. • Ökologische Linke München • Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V. • PAULA Memmingen • PDS München • ['solid] München - Sozialistische Jugend



Dokumentiert: Ein Flugblatt von Libertad!

Spätestens wenn der Himmel brennt

... wird es Zeit, sich zu entscheiden ...



Vor über einem Jahr, am 20. Oktober 2000 entschieden sich die politischen Gefangenen in der Türkei dafür, gegen die Einführung der Isolationsfolter in den Gefängnissen zu kämpfen. Sie begannen mit dem Wissen, dass sie in diesem Kampf vielleicht sterben werden, aber auch mit der Sicherheit, dass nur ihr Widerstand den Einzug der Isolationshaft - des „stillen Todes" - in die türkischen Gefängniswelten aufhalten kann.

Mit dem Beginn ihres Kampfes um ihr Recht auf ein menschenwürdiges Leben war auch die Hoffnung verbunden, dass sie Unterstützung für ihre Forderungen finden werden und eine starke Mobilisierung verhindern würde, die Gefangenenkollektive zu zerschlagen.

Am 19. Dezember 2000 machte die türkische Regierung ihren Standpunkt klar. Sie schickte Militär in jeden Knast, in dem sich politische Gefangene im Kampf befanden. Die Bilanz dieses Angriffes: 30 Tote, viele Schwerverletzte und die Zerschlagung der Kollektive. Die Militäroperation „Rückkehr ins Leben" veränderte die Ausgangsbedingungen für die Gefangenen, aber auch für alle, die ihren Widerstand unterstützten.

Nach dem ersten Aufschrei des Entsetzens wurde es still in der Öffentlichkeit - der Druck der Repression wurde zu stark.

Die ökonomische Krise der Menschen in der Türkei prägte das Straßenbild, die eigenen Sorgen ums Überleben waren existentiell.

Bis auf die politische Arbeit und Unterstützung durch die Familien der Gefangenen und deren Organisationen war die Solidarität versiegt. In Europa und auch weitgehend in der Türkei selbst.

Die Waffe Mensch...

42 politische Gefangene und UnterstützerInnen sind seitdem im Todesfasten gestorben, viele wurden verhaftet und unter Druck gesetzt. Nach jeder Beerdigungsfeier, nach jeder Solidaritätsaktion schlugen die Polizisten erneut zu. Den Widerstand aber konnten sie bisher dennoch nicht vollends brechen.

Am 5. November holte die Regierung zum nächsten großen, blutigen Schlag aus gegen diese unbeugsamen Menschen. 3.000 Polizisten drangen mit Panzern und Bulldozern in die „Widerstandshäuser" von Küçük Armutlu, einem Armenviertel von Istanbul, ein, wo sich Angehörige und vorläufig entlassene Gefangene im Todesfasten befanden. Wieder wurden mindestens sechs Menschen ermordet, wieder gab es Schwerverletzte, wieder endete dieser Tag für viele mit Schlägen und Folter. In den Gefängnissen entzündeten sich mehrere Gefangene und es ist bis heute nicht klar, wie viele verletzt sind und wer gestorben ist.

Bis heute sehen die europäischen Regierungen, die Hüter der Menschenrechte, diesen Massakern - kalt und regungslos. Die Bewerbung der Türkei auf eine Mitgliedschaft in der EU steht dadurch nicht zur Disposition.

Im Schatten der Türme...

NordamerikanerInnen und WesteuropäerInnen reden davon, dass der 11.September 2001 einen Einschnitt markiert. Die Regierungen dieser Länder sprechen sogar davon, dass nichts mehr so ist, wie es einmal war. Der Angriff auf die Türme des Word Trade Center und das Pentagon haben das Sicherheits- und Ordnungsgefühl der westlichen Welt und damit einer ganzen Periode der Geschichte durcheinander gewirbelt.

Die Antwort ist der „Krieg gegen den Terror" - eindeutig! Und überall zu führen. Und die Definition, was der Terror ist, bestimmen einige Wenige.

Die Bomben auf Afghanistan fallen stündlich. Millionen von Menschen sind auf der Flucht vor ihnen.

Überall werden innenpolitische Sicherheitspakete verabschiedet, die den Raum für jede emanzipatorische Entwicklung noch weiter einengen sollen. Im Schatten des großen Krieges lösen Regierungen stillschweigend, oder mit Zustimmung der „Antiterror-Koalition", die schon lange störenden inneren Konflikte, sei es im Baskenland, in der Türkei oder in Palästina.

Der Widerspruch zwischen leben wollen, aber nicht leben können, ist explosiv...

... auch nach dem 11.September 2001. Nur die Kräfteverhältnisse haben sich deutlich zu Ungunsten einer emanzipatorischen Bewegung verschoben. Weltweit! Das Signal für einen emanzipatorischen Befreiungskampf waren die Flugzeuge auf New York und Washington sicherlich nicht.

Sie waren der Aufruf zum Krieg, der jeden Menschen auf der Erde direkt betreffen soll - und es ist jenen, die das wollten, auch gelungen. Entziehen kann sich dem niemand. Die Frage ist jetzt nur, wo verortet frau/man sich in dieser Auseinandersetzung?!

Die kämpfenden politischen Gefangenen in der Türkei brauchen jetzt eine klare Zusage. Sie werden nicht freiwillig in die Isolation gehen - sie sagen dies seit über einem Jahr ...

Die Intifada in Palästina steht seit ihrem Beginn ohne nennenswerte Solidarität da. Aber die Menschen geben nicht auf, weil es um ihre Würde geht - und damit um alles ...

Die Jugendlichen im Baskenland, die für den Wurf von Steinen und Mollis zu 15 Jahren Knast verurteilt werden, setzen ihre Zukunft aufs Spiel - und sie machen klar, dass sie unter keiner Knute leben wollen...

Die Bewegung gegen die Globalisierung der Mächtigen der Welt wird kriminalisiert und versucht zu spalten, weil Teile in ihr nicht nur sagen was sie denken, sondern auch eine militante Praxis entwickeln - und die Konfrontation aufnehmen...

Es ist Zeit...

sich zu bekennen. Klar zu sagen wo die Konfrontationslinien verlaufen. In Genua wurde ein Weg eröffnet, sich zu positionieren. Gegen die Mächtigen der Welt!

Dort haben 300.000 Menschen formuliert, dass sie etwas anderes wollen, als die Planer in den Chefsesseln der Regierungen, Banken und Konzernen vorgesehen haben:

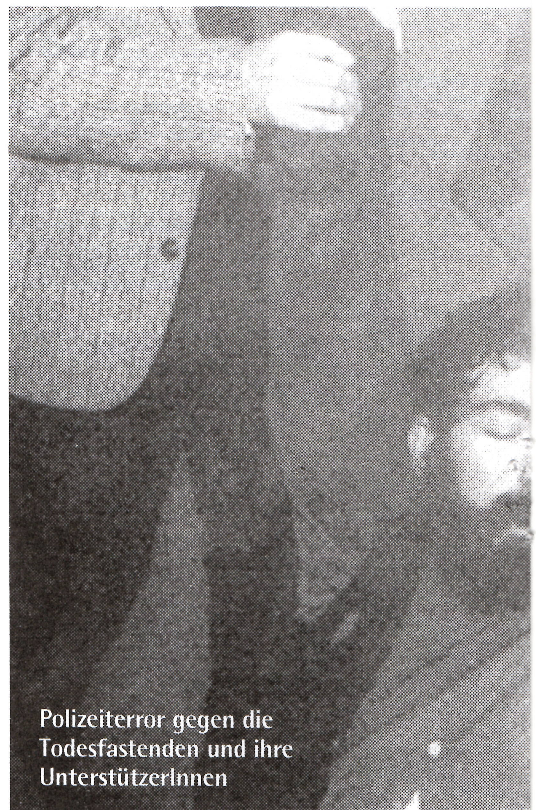
Eine andere Welt ist möglich!

Sie wird allerdings nicht geschenkt zu haben sein.

Mit Mut und Wut gegen die HERRschende Weltordnung!

8.11.2001, Kampagne LIBERTAD!- Ortsgruppe Frankfurt

Kampagne Libertad!
Freiheit für die politischen Gefangenen
Falkstr. 74 - 60487 Frankfurt
Tel: 069-79202750, Fax: 069-79201774
eMail: kampagne@libertad.de
Internet: www.libertad.de



Polizeiterror gegen die Todesfastenden und ihre UnterstützerInnen

Polizei terrorisiert die Einwohner in Armutlu

Ausnahmezustand seit dem 13. November

Die sogenannten „Rettungsaktionen" in Armutlu, die eingeleitet wurden, um den Hungerstreik der TAYAD-Mitglieder und bedingt entlassenen Gefangenen gegen die Isolationshaft zu beenden, haben sieben Tote und etliche Schwerverletzte gefordert. In Armutlu herrscht nun Ausnahmezustand wie in einem Kriegsgebiet.

Nach den Militäroperationen am 5. und 14. November haben die Polizei und Antiterroreinheiten dieses Viertel besetzt und nutzen die Wohnungen der Anwohner als Polizeireviere.

Nach Erklärungen der Anwohner marschieren die Polizeiteams in Gruppen, rufen abscheuliche Parolen und schießen mit scharfer Munition, um die Bewohner zu terrorisieren. Weiterhin gaben sie bekannt, dass alle Familien bedroht und beschimpft werden. Niemand darf nachts das Licht ausschalten, niemand darf ab einer bestimmten Uhrzeit die Wohnung verlassen. Die Polizei gibt willkürliche Anordnungen, um die Bewohner einzuschüchtern. Passanten werden festgenommen und auf ihr Allgemeinwissen getestet. Menschen an den Bushaltestellen werden willkürlich inhaftiert und zu Folterzentren gebracht. Am 18. November nachts wurden Wohnungen erstürmt und Familien festgenommen. Die Anwohner in Armutlu wollen keine Polizei und deren „Schutz". Sie kennen das wahre Gesicht des Staates. Alle Anwohner stehen unter Lebensgefahr und sind besorgt um ihre Kinder und Familien. Sie fordern den Abzug aller Polizisten und Anti-Terroreinheiten aus ihrem Wohngebiet.



Die Militäroperationen in Armutlu und Alibeyköy sollen den Widerstand außerhalb der Gefängnismauern brechen. Der Widerstand geht aber mit der gleichen Willensstärke und Entschlossenheit weiter. In Ankara, Mersin, Bursa, Istanbul sind neue Widerstandshäuser errichtet worden. Die Gefangenen in den Isolationsgefängnissen und Krankenhäusern setzen ihre Aktion ebenfalls fort: bis zur Schließung der Isolationsgefängnisse.

Wir solidarisieren uns mit denen, die für menschenwürdige Lebensbedingungen und Demokratie in der Türkei Widerstand leisten.

Wir fordern:

- Die Schließung aller F-Typ-Isolationsgefängnisse
- Sofortige Aufhebung der Isolationshaft weltweit
- Polizei und Militär, raus aus Armutlu und Alibeyköy
- Internationale Solidarität für alle unterdrückten Menschen in aller Welt

Letzte Meldung: Die Todesfastende Tülay Korkmaz ist heute morgen (19.11.) im Krankenhaus in Bayrampasa gefallen.

Solidaritätskomitee mit Tayad, Bielefeld

Ein Mitglied einer Delegation in die Türkei berichtet

Zwei Tage in Armutlu

Am Donnerstag, den 8. November, flog ich als Mitglied einer Delegation aus Deutschland nach Istanbul, um mich über die Situation der Todesfastenden und über die allgemeine Lage im Stadtteil Kücük Armutulu zu informieren und meine Solidarität mit Todesfastenden im Knast und in Armutlu auszudrucken. Organisiert wurde die Delegation von IKM, Hamburg, und TAYAD, Bielefeld.

Am Flughafen von Istanbul wurde wir nach der Passkontrolle vor der Polizei festgenommen, nach Männer und Frauen getrennt, einer Leibesvisitation unterzogen, und unser wurde Gepäck durchsucht und die Handys abgenommen. Wir wurden mehrmals nach den Gründen für unseren Besuch in der Türkei gefragt, mal auf Englisch, mal auf Deutsch. Dass wir das Wochenende in Instanbul verbringen wollten, irritierten sie irgendwie. Nachdem wir die Schnauze voll hatten von dieser Fragerei und verlangten, mit dem deutschen Konsulat zu sprechen, wollten sie sich mit uns nicht so gern unterhalten. Eigentlich wollten wir auch mit dem deutschen Konsulat sprechen, die Schlappmützen sind auch immer dabei. Nach ca. 4 Stunden sagten sie uns, wir können gehen, und ermahnten uns, nichts Illegales zu machen. Was das genau heißt, haben sie uns nicht gesagt.

James Bond lässt grüßen

Einmal draußen, überlegten wir uns, was wir weiter machen sollten. Unser Dolmetscher, der uns abholen sollte, war nicht mehr da, später haben wir erfahren, dass auch er festgenommen und erst viel später freigelassen worden war. Wir nahmen Kontakt zu der BRD auf, tatsächlich zu einem türkischen Mensch in der BRD, und fuhren mit dem Bus in die Stadt. Dort trafen wir in einem Restaurant einen Mensch, der in den folgenden Tagen für uns nicht nur übersetzte, sondern sich um alles kümmerte. Wir entschieden uns, nicht direkt nach Armutlu zu fahren, sondern vorsichtshalber durch die naheliegenden Fußgängerzone zu gehen. Unterwegs stellte der eine fest, dass wir verfolgt werden. Ich habe nichts bemerkt, wie denn, so einen Menschenauflauf habe ich nur beim St. Pauli-Spiel oder in Sao Paulo in Brasilien gesehen.

Um unsere Verfolger abzuschütteln, entschieden wir uns, die Fußgängerzone zu verlassen und mit dem Taxi nach Armutlu zu fahren, rechts, rechts, Berg hinauf ging es. Auf einmal entdeckten wir zwei Taxen. Mit Tempo 100 plus X ging es durch die Straßen von Istanbul, es wurde um jeden freien Zentimeter gekämpft, die freie Lücke gehört jenem, der seine Nase zuerst reinschob.

Ich, ich saß in dem ersten Taxi, habe mich immer wieder gewundert, wieso der Fahrer des zweiten Taxis es in diesem Autochaos immer wieder schaffte, uns zu verfolgen. Erst als wir die Hauptstraße verließen, stellte ich fest, dass wir von ganz anderen Leuten verfolgt wurden. Als wir bergauf nach Armutlu führen, ging ihnen den Mut aus, sie bogen ab.

Die Realität des Lebens in Armutlu

In Armutlu angekommen beeindruckt mir die Stille des Abends, über mir funkelnde Sterne im klaren Himmel, auf der anderen Seite des Bosporus die Lichter der Häuser Istanbuls. Die Aussicht ist wundeschön. Auch deswegen versuchten vor einem Jahrzehnt, Bodenspekulanten die Menschen hier zu vertreiben. Nur mit Hilfe der revolutionären Bewegung konnte dies verhindert werden. Vor mir das Lagefeuer des Barrikadenwachpostens. Die Barrikaden werden 24 Stunden am Tag bewacht. Die Menschen sind wie im Gefängnis, überlege ich mir, müssen ständig mit der Angst leben, abgegriffen zu werden, wenn sie den Ort verlassen, bzw. angegriffen zu werden. Dennoch lachen und schwätzen die Menschen und tanzen sogar. Wir machen eine kurze Ortsbesichtigung. Ständig treffen wir auf Barrikaden und Zwischenbarrikaden, mir wird klar, dass die Bewohner bereit sind, diesen Ort zu verteidigen. Aber genauso klar wird mir, dass diese Barrikaden keinem ernsthaften militäri-

schen Angriff standhalten können. Trotzdem hat der Staat es nicht geschafft, den Widerstand hier zu brechen, obwohl der Ort seit sechs Monaten von Militär umzingelt und mehrmals angegriffen worden ist. Ein Widerspruch?

Unser Dolmetscher hat mittlerweile alles im Griff. Wir werden auf verschiedene Häuser aufgeteilt. Ich und noch einer werden bei einer fünfköpfigen Familie untergebracht, drei Erwachsene, ein Kind und eine junge Frau, die die einzige Familienernährerin ist. Die eine Erwachsene versteht zwei Worte auf Deutsch, die andere zwei auf English, wir bringen gerade eben ein ‚Merhaba' zustande. Das Gespräch dauert bis in die frühen Morgenstunden, gut, dass wir alle Hände und Füße haben. Das Thema wechselt ständig, mal ist es politisch, mal sind es die Berufsträume der jungen Frau, mal ist es nur small-talk.

Am nächsten Tag stehen wir nicht so früh auf, und es dauert eine Weile, bis wir alle beisammen sind. Der Ort wird bei Tageslicht ausgiebig besichtigt. Vorwiegend junge Menschen sind damit beschäftigt die Barrikaden auszubauen und zu verstärken. Aber das normale Leben geht weiter, die Straße wird gefegt, es wird eingekauft und am Bau des Hauses wird weiter gemacht.

Freitag besichtigten wir das Widerstandshaus, das am 5.November angegriffen wurde. Bei dem Angriff starben vier Menschen, ein Todesfastender, zwei Besucher und ein Mitglieder von TAYAD, und viele wurden verletzt, anschließend wurden mehrere Menschen festgenommen. Vor dem Haus haben die Ortsbewohner die verbrauchten Geschossen aufgestapelt. Ich habe über 60 Geschosshülsen und 7 verschiedene Type gezählt, u.a. Tränengas, CS Gas, Riot CS Gas, Smoke Cannister (Rauchbomben) und eine größere Anzahl von etwa 15cm mal 3cm unbeschrifteten Zinkhülsen.

Das Haus ist insgesamt ziemlich klein und besteht aus einem größerem und drei kleineren Zimmer, die rechts davon abgehen. Nur das vorderste der kleinen Zimmer hat zwei Fenster, eins nach vorne und eins nach rechts, alle andere haben ein Fenster. Das Fenster des größeren Zimmers ist an der Hinterwand eingebaut. Alle Fenster sind vergittert. An dem hintersten der kleinen Räumen wurde das Gitter von der Wand abgerissen, das Gitter am vordersten Zimmer halb abgerissen und verbogen.

Diese beiden Räume waren die Hauptziele des Angriffs, beide Zimmer, besonders das hintere, sind ziemlich ausgebrannt. Die Menschen wurden offensichtlich in das große Zimmers von der Tür weggetrieben. Nachdem das Haus geräumt wurde, wurde es bei der Löscharbeiten unter Wasser gesetzt. Das Haus ist unbewohnbar.

An den Häusern auf der gegenüberliegenden Straßenseite sind Einschusslöcher zu sehen. Die Behauptungen der Polizei, sie habe keinen Gebrauch von Schusswaffen gemacht und die Hausbewohner haben sich selber angezündet, erweisen sich als glatte Lügen. Auf der Presseerklärung zu den Autopsieberichten am nächsten Tag habe ein Anwalt erklärt, die Verstorbenen weisen Brandwunden unterhalb der Kleidung auf, was eher auf den Einsatz von chemischen Kampfstoffen hinweist, außerdem berichteten die Bewohner, dass mindesten zwei Menschen erschossen wurden.

Freitag nachmittag trafen wir uns mit einem ehemaligen Hungerstreikenden, der infolge der Zwangsernährung an Gedächtnisverlust leidet. Wir unterhielten uns allgemein über den Hungerstreik und über das Problem des Gedächtnisverlusts. Er versucht, sein Gedächtnis wieder aufzubauen, indem er mit Genossen über die Vergangenheit redet und dabei versucht, die einzelnen Bruchstücke zusammenzufügen. Er betonte, dass der Hungerstreik in den Knästen nur eine Fortsetzung der Kämpfe draußen sei und dass der Kampf in der Türkei in Rahmen des weltweiten Kampfs gegen den Imperialismus begriffen muss.

Sonnabend trafen wir uns dann mit den Todesfastenden, 4 Männer und 2 Frauen in dem übriggebliebenen Widerstandshaus. Sie haben die Folter des F-Typ-Gefängnisses und der Zwangsernährung schon kennen gelernt. Aus gesundheitlichen Gründen wurden sie bedingt freigelassen. In Wahrheit, weil der türkische Staat nicht will, dass sie im Knast sterben. Bei guter Gesundheit müssten sie in den Knast zurück. Nach kurzer Zeit zog sich eine der Frauen zurück, weil es ihr nicht gut ging.

Ich merke, wie unterschiedlich die Einzelnen am Todesfasten leiden. Es dauert, bevor alle sich gesetzt haben, dann herrscht Stille. Zigaretten werden angeboten, es wird gelächelt und die Atmosphäre lockert sich. Die Gespräche kreisen natürlich um den Hungerstreik, außer einer beteiligen sich alle um Gespräch. Teilweise diskutieren sie untereinander oder ergänzen einander. Wir wollen die Leute nicht überstrapazieren und nehmen allmählich Abschied. Nur Tage später wird auch das Haus angegriffen und die Menschen wieder eingesperrt. ❑

Jetzt auch L-Typ

Nach den F-Typ-Gefängnissen werden jetzt auch L-Typ-Gefängnisse eingeführt. In dieser Art von Gefängnis werden die Gefangenen nachts in einer Einzelzelle, tagsüber in Sieben-Personen-Zellen gehalten.

In den Gefängnissen dauert das Todesfasten gegen das F-Typ-Zellensystem seit über einem Jahr an. Während bereits Dutzende von Gefangenen ihr Leben verloren haben und von staatlicher Seite aus kein Schritt für eine Lösung unternommen wird, hat Justizminister Hikmet Sami Türk die Einführung des L-Typs angekündigt, mit dem die Haftbedingen noch weiter verschärft werden.

(...) In einer Erklärung zum Thema teilte Türk mit, der L-Typ sei die Lösung für den fortgesetzten Hungerstreik gegen den F-Typ. Die erste Anwendung dieses Typs werde in Rize und mit einer auf 250 Personen angelegten Kapazität durchgeführt werden. (...)
Özgür Politika, 4.11.2001, Informationsstelle Kurdistan e.V.

Forderungen der Gefangenen

1. Die Isolation ist nicht aufgehoben, solange keine baulichen Veränderungen stattfinden, die 1- bis 3-Personenzellen nicht geschlossen werden und die Gefangenen nicht bedingungslos zusammenleben können. Die Isolation muss aufgehoben werden.
2. Alle Verbote und Maßnahmen, die der Zerstörung unserer Gedanken dienen, müssen aufgehoben werden.
3. Die Zwangsernährung ist eine Foltermethode. Es ist ein Vergehen, Menschen zu verkrüppeln. Dutzende von unseren Menschen wurden durch diese Folterungen verkrüppelt. Sie wurden zu Menschen, die sich nicht mehr an ihre Vergangenheit erinnern können und nicht mehr in der Lage sind zu denken. Die Folter der Zwangsernährung muss beendet werden.
4. Um weitere Tote zu vermeiden, muss der Justizminister mit Verhandlungen beginnen. Sonst werden wir unser Todesfasten mit weiteren neuen Gruppen fortsetzen, was wir immer wieder betont haben.

Aus einer Erklärung von Tayad von Anfang November

Nordirland

Solidaritätsdemonstration für das Todesfasten

Am 3. Oktober fand in der zweitgrößten nordirischen Stadt Derry eine Demonstration mit einem Fackelzug statt, an der 1000 Personen teilnahmen. Diese Demonstration, die auch der des Widerstandes von Bobby Sands und seiner Freunde im Jahr 1981 gedachte, war Ausdruck einer breiten Solidarität der nordirischen Revolutionäre und des nordirischen Volkes mit dem Todesfasten in der Türkei. An der Demonstration nahmen auch Anhänger der DHKP-C mit Fahnen und Transparenten teil. Die Demonstranten führten auch ein Transparent mit, auf dem es hieß: „1981 H-Blocks in Irland - 2001 F-Typen in der Türkei. Der Kampf geht weiter". Unter den Trägern dieser Transparente war auch Mickey Devine, der Sohn von Michael Devine, der beim Widerstand 1981 gefallen war. Nach der Gedenkminute für die Gefallenen marschierte die Menge zu dem Platz, wo der blutige Sonntag stattgefunden hatte, und versammelte sich um das Denkmal, das die H-Blocks repräsentiert. Auf der Kundgebung berichtete ein ehemaliger Gefangener der IRA über die Ereignisse 1982 und machte darauf aufmerksam, dass in der Türkei seit einem Jahr ein Todefasten stattfindet und dass jeder diesen Widerstand verfolge solle. Danach kam ein Vertreter der DHKP-C zu Wort, der über die Solidaritätsaktionen der türkischen Revolutionäre im Jahre 1982 berichtete und Informationen über den andauernden Widerstand in der Türkei gab. *(Nach einer Meldung von IKM)*

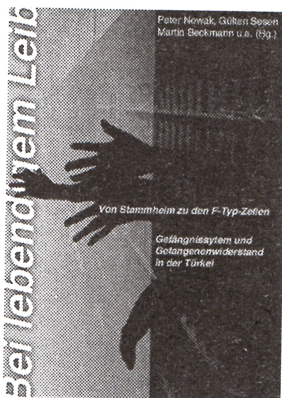
Verschiedene Aktivitäten zum Todesfasten der Gefangenen

Veranstaltungen:
Donnerstag, 29.11. in Münster
Samstag, 1.12. in Wolfsburg
Sonntag, 2.12. in Hamburg
Montag, 10.12. in Oldenburg
Dienstag, 11.12. in Paderborn

Demonstration am
Samstag, 15.12. in Oldenburg
zum Todesfasten und dem Jahrestag des Massakers vom 19.12.2000. An diesem Tag wurden 28 Gefangene ermordet.

Veranstaltungsreihe

Peter Nowak, Gülten Sesen, Martin Beckmann (Hg.)
Bei lebendigem Leib
Von Stammheim zu den F-Typ-Zellen. Gefängnissystem und Gefangenenwiderstand in der Türkei.
176 S., 24,80 DM, 13 EUR, UNRAST-Verlag, ISBN 3-89771-008-0



Kurzinfo zum Buch
Das vorliegende Buch bietet auf der einen Seite einen einmaligen Überblick über den türkischen Straf- und Repressionsapparat: die diversen Militär- und Spezialgefängnisse, die Anti-Terror-Paragraphen, die Bedeutung und Anwendung der aus der BRD importierten Isolationshaft, die Anwendung von Folter und Zwangsernährung bis hin zu den Massakern an Gefangenen.

Andererseits beschäftigt es sich grundlegend als auch aus und zu aktuellem Anlaß mit dem Widerstand der Gefangenen in der Türkei. Dargestellt wird die Selbstorganisation der Gefangenen und ihre Widerstandsformen - von Selbsteinschluß und Arbeitsverweigerung bis hin zum unbefristeten Hungerstreik. Besonderes Augenmerk richten die AutorInnen auf das momentan stattfindende sogenannte Todesfasten.

Abschließend werden die Solidaritätsstrukturen im In- und Ausland vorgestellt.

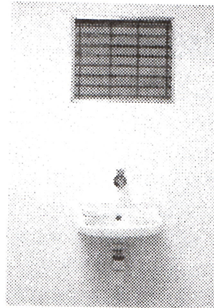
Ein ausführlicher Dokumentationsteil mit Hungerstreikerklärungen, Gesetzestexten, Erfahrungsberichten und Interviews verleiht dem Buch einen hohen Grad an Authentizität.

Veranstaltungsreihe:
(Veranstaltungen nach Redaktionsschluss)
01.12.01 Wolfsburg
02.12.01 Göttingen
06.12.01 Neuruppin

Sessiz Ölüm

„Der Stille Tod"

Deutschlandpremiere des Filmes am 9.12.2001 in Berlin
Kino NEUES OFF, Hermannstr. 20 (Neukölln), Beginn: 16.00 Uhr
in Anwesenheit des Regisseurs Hüseyin KARABEY & Mitwirkenden aus dem Baskenland, Nordirland und Deutschland



Jülide Kural
M. Bekaroglu
Jim McVeigh
Mitxel Sarasketa
Tomax Karrera
Irmgard Möller
Christian Ströbele
Christa Klar
Andreas Vogel
D. Maracino
Pierino Matta u.a.

Regie: Hüseyin Karabey
Produktion: A-Si, Istanbul 2001
O.m.U. 90min

Sessiz Ölüm - Der Stille Tod

„Zwischen Ende Oktober und Anfang Dezember 2000 machte ich in sechs Ländern Filmaufnahmen mit etwa 30 Menschen, die längere Zeit in Isolationshaft waren. Acht Monate vorher begann in der Türkei die Diskussion über die sog. „F-Typ"-Gefängnisse. Damals erweckten einige Äußerungen des Justizministers meine Aufmerksamkeit. „Wir wollen die europäischen Standards in die türkischen Gefängnisse einführen, damit unsere Gefängnisse wie die europäischen sein werden", hieß es. Um diese europäischen Standards zu verstehen, entschloss ich mich, einen Dokumentarfilm zu drehen. Denn in unserem Land glaubt man, dass alles, was aus Europa kommt, vorteilhaft ist. Die Recherchen für den Film begann ich in Deutschland. Später kamen dann Spanien, Italien und die USA hinzu.

Offen gesagt, schon das, was mir in den Vorgesprächen zu den späteren Aufnahmen begegnete, war furchterregend. Denn die Haftmethode, die jetzt in der Türkei eingeführt werden soll, entspricht dem, was in Europa und den USA als Isolationshaft praktiziert wird. Die Grundidee dieses Systems ist, dass der Mensch von allen Sinnesreizen der Außenwelt, der Natur beraubt wird, um so seine Persönlichkeit zu vernichten.

Die Isolationshaft betrifft nicht nur die Gefängnisse. Sie ist auch etwas, was gegen die Gesellschaft gerichtet ist. Wir werden daher bereits in Kürze das Recht haben, als Gesellschaft nicht zu wissen, was in den Gefängnissen passiert. Eigentlich ist es bereits jetzt der Fall ... Wissen Sie beispielsweise, was sich dort zur Zeit abspielt? Wahrscheinlich sind wir die einzigen, die nicht wissen, was wirklich geschieht. Mein Glaube an das Unwissen und meine Furcht vor dem neuem Wissen ließen mich zum Zuschauer werden vor den Erlebnissen der jüngsten Zeit. Diese Arbeit ist das Produkt meiner Selbstkritik. Was ich hinterfrage, das bin ich selbst. Denn es ist das, was am ehesten zu verändern ist ..." Juni 2001, Hüseyin Karabey (Istanbul)

SESSIZ ÖLÜM (DER STILLE TOD) ist nach dem mit mehreren internationalen Filmpreisen ausgezeichneten Kurzfilm BORAN (1999) das neueste Werk des Regisseurs Hüseyin Karabey. SESSIZ ÖLÜM wurde im April 2001 auf dem Istanbuler Filmfestival welturaufgeführt und rief ein großes Interesse hervor.

Die Berliner *tageszeitung (taz)* schrieb anlässlich der Welturaufführung von „Sessiz Ölüm" auf dem internationalen Filmfestival von Istanbul im Mai 2001:

... In dem hochaktuellen Dokumentarfilm geht es um die so genannten F-Type-Gefängnisse und die Einführung der Isolationshaft für politische Gefangene in der Türkei. Das türkische Justizministerium hat bereits drei solcher Gefängnisse gebaut und acht weitere sind in Planung. Offiziell werden diese Isolationszellen als „Einrichtungen nach europäischem Standard" legitimiert. Diese „Gefängnisreform" hat seit Oktober vergangenen Jahres eine riesige Welle von Protesten in der Türkei ausgelöst, allein 32 Menschen starben, als die Polizei im Dezember 2000 insgesamt 20 Gefängnisse stürmte. Ein Ende des Konflikts ist noch nicht abzusehen.

Karabey hat für seinen Film über die umstrittenen Gefängnisse monatelang in Europa recherchiert und zeigt an Hand von beklemmenden Interviews mit politischen Häftlingen und ihren Familien in Deutschland, Italien, Spanien und den USA die realen psychischen und physischen Auswirkungen der Isolationshaft. Der dreißigjährige Dokumentarfilmer, ein sanfter ehemaliger Student der Wirtschaftswissenschaften, der sich bereits mit verschiedenen Kurzfilmen über die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei einen Namen gemacht hat und sich selbst als „voll assimilierter Kurde" bezeichnet, weiß, wovon er redet: Er hat bereits einige Freunde durch den Hungerstreik verloren.

„Ich wage gar nicht mehr, die Namen zu lesen", sagt er, „aus Angst, ich kenne jemanden unter den Opfern." Acht Monate hat er selbst vor einigen Jahren als politischer Häftling im Gefängnis gesessen, nachdem er mit anderen Studenten während einer Demonstration für eine Verbesserung des Hochschulwesens festgenommen worden war. Schließlich musste man ihn freilassen, weil nichts gegen ihn vorlag. Aber schlimmer noch als die staatlich kontrollierte Zensur ist für Karabey die mangelnde Zivilcourage, die seines Erach-

tens nach in der Türkei herrscht. „Die meisten Intellektuellen und Künstler haben eine Schere im Kopf", klagt er, „die Zensur braucht gar nicht mehr verordnet zu werden. Und nur wenige wollen heute ein Risiko eingehen." So wie zum Beispiel Necati Sonmez, ein bekannter Filmkritiker der linken Tageszeitung Radikal, immerhin eine der Sponsoren des Festivals. Als er von der Redaktionsleitung gebeten wurde, er möge doch bitte seinen Leitartikel über Karabeys Film durch einen anderen Text ersetzen, hat er umgehend gekündigt." (taz, 17.5.01, Barbara Lorey De Lacharriére)

Zu Hüseyin Karabey

Hüseyin Karabey wurde 1970 in Istanbul geboren und drehte bislang fünf Dokumentationen und drei dramaturgische Filme. Karabeys Filme sind weder geradlinige Dokumentationen noch rein dramatische Werke. Sie haben einige Unterschiede in der Filmtechnik zu beiden Genres. „Wir stellen Verbindungen her zwischen Szenen, die in der Vergangenheit aufgenommen wurden und Szenen, die in der Gegenwart entstehen. Beide reflektieren reale Lebenserfahrungen. Einige Szenen wurden in realer Aktion aufgenommen, andere auf der Bühne dargestellt. Es ist nicht einfach, die Grenze zwischen beidem klar zu ziehen.Die Szene, die auf der Bühne aufgenommen wurde, ist genauso dramatisch wie der Rest. Die Passagen in BORAN etwa, wo Angehörige stumm auf einer Müllkippe suchen, die Konversation und die abschließende Ohnmachtsszene; das ist nicht nur dramatisch, und wenn es verbunden wird mit Szenen auf der Bühne, ist es nicht rein dokumentarisch ..." *(Hüseyin Karabey)*

Filme von Hüseyin Karabey:

ATRUS-CAMP (1996, 25min - Die Flucht einer kurdischen Familie in den Nordirak); 1. MAI (1997, 45min - Der Tod am Tag der Arbeit); Baccelors Inns (1997, 45min - kurdische Arbeiter in Istanbul); Sein Name: Aytaç (1998, 45min - Die Biografie des türk. Schauspielers Aytaç Arman); Verlorene Menschen und die StraSSe (1998, 45min - Straßenkinder und ihre Familien); Boran (1999, 35min - „Verschwundene" in der Türkei). BORAN erhielt 1999 den Preis des türkischen Kulturministeriums auf dem intern. Kurzfilmfestival in Antalya sowie weitere Auszeichnungen auf den Filmfestivals von Tel Aviv, Imola und Santiago de Chile.

*Eine Veranstaltung der Kampagne Libertad! in Zusammenarbeit mit A-SI (Istanbul)
Spendenkonto zur Unterstützung der Hungerstreikenden in der Türkei:
Libertad! e.V., KNr: 20215810, Ökobank (BLZ: 50090100), Stichwort „Sessiz Ölüm"
Kontakt:Libertad! Berlin, Yorkstr. 59, 10965 Berlin, Tel: (+49) 030 - 788 999 01, Fax: (+49) 030 - 788 999 02,
eMail: berlin@libertad.de, kampagne@libertad.de, Internet: www.libertad.de*

Kurdenverfolgung in der BRD

Die Kurdenverfolgung in der BRD ist trotz der intensiven Friedensbemühungen der PKK immer weitergegangen. Verschiedene Meldungen geben Anlass zu der Befürchtung, dass sie nach dem 11.9. noch einmal enorm verschärft wird. Nichts kennzeichnet den „Kampf gegen den Terrorismus" besser als die Tatsache, dass er die Bemühungen für einen gerechten Frieden kriminalisiert.

Erneute Festnahme eines kurdischen Politikers

Am 29. Oktober wurde der kurdische Politiker Sahin Engizek auf Grund eines Haftbefehls des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof (BGH) durch Beamte des Bundeskriminalamtes festgenommen.

Sahin Engizek wird vorgeworfen, seit Jahren hauptamtlicher hochrangiger Funktionär der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Europa zu sein. Kriminalisiert werden soll u.a., dass er „Kontakte zu staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen sowie Verbindungen zu interessierten Politikern, Journalisten und anderen Meinungsmultiplikatoren" herstellte und versuchte „Unterstützung, zumindest Sympathie für die sogenannte ‚kurdische Sache' zu gewinnen." (Aus: Pressemitteilung des BGH vom 1.11.2001) Er wird verdächtigt, als mutmaßlicher „PKK-Führungsfunktionär" Mitglied in einer kriminellen Vereinigung zu sein.

Vielen ist Sahin Engizek bekannt, auch uns. Als Mitarbeiter des Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ) informierte er über die tatsächliche politische Situation in Kurdistan und der Türkei. Mit seiner politischen Arbeit setzt er sich für einen dauerhaften und gerechten Frieden im Mittleren Osten ein und warb für diese „kurdische Sache". Das ist in Deutschland für eine kurdische Partei verboten. Seit den 80er Jahren sind etliche kurdische PolitikerInnen zuerst nach §129a (terroristische Vereinigung) und jetzt nach §129 (kriminelle Vereinigung) verhaftet und anschließend von bundesdeutschen Gerichten zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Daran änderte auch der Strategiewechsel der PKK nichts, weder der einseitig und von der PKK eingehaltene Waffenstillstand seit 1998 sowie der Rückzug seiner bewaffneten Kräfte aus der Türkei, noch die Anerkennung des Gewaltmonopols des deutschen Staates hat ein Umdenken bei den bundesdeutschen PolitikerInnen bewirkt. Starr halten diese an dem seit 1993 bestehenden Betätigungsverbot für die Arbeiterpartei Kurdistans fest.

Dies zeigt auch die im Juni 2001 in Europa ausgerufene Identitätskampagne „Auch ich bin PKKler". Allein 40.000 KurdInnen haben sich in Deutschland selbst bezichtigt und die Anerkennung der kurdische Identität sowie die Aufhebung des PKK-Verbots gefordert. KurdInnen, die sich an der Initiative beteiligten, werden willkürlich vorgeladen und unter Druck gesetzt damit sie sich von der Kampagne distanzieren. Vereine und Privatwohnungen wurden durchsucht und richterliche Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Diese Politik muss ein Ende haben.

Wir fordern die Aufhebung des PKK-Verbots und die Freilassung aller kurdischen Politiker.

Sahin Engizek muss unverzüglich freigelassen werden.

Sahin spricht gut deutsch, schreibt ihm. Zu erreichen ist er z.Z. unter: Sahin Engizek, JVA Ossendorf, Rochusstr. 350, 50827 Köln

Protestiert bei den unten angegeben Adressen gegen seine Festnahme und fordert seine Freilassung

herta.daeubler-gmelin@bundestag.de (Bundesjustizministerin).

Bundesministerium der Justiz, Telefax: 030-20259525



Kurdischer Block auf der Bundesweiten Antikriegs-Demonstration am 13.10. in Berlin

***otto.schily@bundestag.de (Innenminister)* Bundesministerium des Innern, Telefax: (01888) 681-2926**
PE Informationsstelle Kurdistan e.V.

Türkei bestimmt mit, wer in Deutschland als „Terrorist" verfolgt wird

Zur am 21. November durchgeführten Razzia bei dem in Frankfurt/Main ansässigen „Verein Kurdischer Arbeitgeber e.V." und dem drohenden Verbot gegen diesen Verein erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke:

Beamte der hessischen Polizei haben gestern auf Bitten von Bundesinnenminister Schily eine Razzia in Vereinsräumen und den Wohnungen von Vorstandsmitgliedern des Vereins Kurdischer Arbeitgeber e.V. durchgeführt.

Hintergrund der Razzia ist ein Ermittlungsverfahren des Bundesinnenministerium. Das Bundesinnenministerium verdächtigt den Verein, „maßgeblich zur Finanzierung der PKK" beizutragen, und strebt offensichtlich ein Verbot des Vereins an.

Die Razzia und das damit verbundene Verfahren gegen den Verein bestärken alle Befürchtungen über Schilys „Anti-Terror-Politik".

Die „Erkenntnisse" der deutschen Dienste dürften zu erheblichen Teilen aus den trüben Quellen der türkischen Geheimdienste stammen. Diese türkischen Geheimdienste sind berüchtigt für viele Morde und Folterungen gegen Oppositionelle, für kriminelle Entführungen und zahlreiche andere Untaten. Solche blutbefleckten „Partnerdienste" werden jetzt wieder anerkannte Ratgeber und Informanten für die deutsche Innenpolitik.

Die türkischen Militärs und Geheimdienste sitzen wieder mit am Tisch, wenn es darum geht, wer hierzulande als „Extremist" oder „Terrorist" verfolgt werden soll.
PE Ulla Jelpke, MdB PDS

Hässliche Inszenierung

Im deutschen Bundesland Baden-Württemberg hat die Kriminialpolizei eine undenkbare Verleumdungsinitiative durchgeführt, indem sie versucht hat, dem aus Varto stammenden Kurden Turgay Ballikaya einen ‚unaufgeklärten' Raubüberfall auf eine Filiale der Supermarktkette LIDL anzuhängen. Ballikaya wurde 50 Tage inhaftiert und während dieser Zeit Drohungen im Stil von „Gestehe, dass du es warst, gestehe, dass du es für die PKK getan hast, sonst .." ausgesetzt.

Aus einem Raubüberfall auf LIDL am 19. September im Stadtteil Schönau in Mannheim wurde von der Polizei ein regelrechter Komplott inszeniert. (...) Gegenüber ÖZGÜR POLITIKA erklärte Ballikaya: „Am 22. September 2001 ging ich mit meiner Tochter Zilan zum Einkaufen zu LIDL. Als wir den Supermarkt verließen, wurde ich von acht Polizisten zu Boden gerissen und festgenommen. Sie brachten mich zur Polizeiwache Sandhofen in Mannheim. Der Grund für meine Festnahme war mir bis dahin nicht bekannt. Dort erfuhr ich, dass ich von einer Person namens Christina Birit, die zwei Wochen zuvor bei LIDL zu arbeiten begonnen hatte, verfolgt und des Raubes bezichtigt worden bin. Vom Tag meiner Festnahme an wollte die Polizei, dass ich gestehe, den Raubüberfall auf LIDL auf Befehl der PKK und im Namen des Kurdistan-Kulturzentrum begangen zu haben. Sie sagten zu mir, 'gestehe, dass du im Auftrag der PKK gehandelt hast, dann kannst du gehen'. Insbesondere an diesem Punkt waren sie beharrlich, dass ich auf Befehl der PKK diesen Überfall gemacht haben soll. Ich habe gesagt, dass ich mit dem Überfall nichts zu tun habe und die PKK solche Sachen nicht macht."

Nach einem vierstündigen Verhör auf der Wache in Sandhofen sei er der Kriminalpolizei übergeben worden, so teilt Turgay Ballikaya mit. „Dort wurde ich von zwei Kriminalpolizisten verhört. Sie forderten von mir ein Geständnis, dass ich der PKK 30.000 Mark habe zukommen lassen. Ich sagte, dass es Zeugen dafür gibt, dass ich mich zur Zeit des Überfalls nicht dort aufgehalten habe, aber sie wollten mir nicht glauben. Ihre einzige Absicht bestand darin, mich zu dem Geständnis zu bringen, dass ich den Überfall im Namen der PKK gemacht habe. Obwohl ich während der Verhöre ständig wiederholt habe, dass ich nichts mit dem Vorfall zu tun habe und die PKK derartige Dinge nicht macht, wurde ich für 50 Tage ins Gefängnis gesteckt. Irgendwann habe ich gesagt, dass ich mich selbst anzünden werde."

‚Sie spielten mit meinen Gefühlen'

Weiter berichtete Ballikaya, wie die Polizisten mit seinen Gefühlen gespielt habe. Als sie begriffen hätten, dass er die hervorgebrachten Aussagen nicht unterschreiben werde, hätten sie seine Tochter benutzt. „Sie sagten, wenn ich mich nicht zu dem Überfall bekenne, werde ich elf Jahre im Knast bleiben. ‚Wenn du rauskommst, wird deine Tochter 14 Jahre alt sein. Sie wird dir ins Gesicht spucken für das, was du getan hast. Wenn du nicht willst, dass deine Tochter dich anspuckt, musst du gestehen, was wir dir gesagt haben. Gestehe und du bist frei.' So redeten sie. Ein Polizist mit dem Namen Michael Klein hat mir in den letzten Tagen dort ganz offen gesagt: ‚Herr Ballikaya, wir wissen, dass sie die Tat nicht begangen haben. Aber wir können nichts für ihre Freilassung tun'."

Sie lassen keine Ruhe

Ballikaya wurde am 11. November aus dem Gefängnis entlassen. Trotzdem wird er immer noch von der Polizei belästigt. Unter anderem mit Spitzelangeboten. „Die Polizei ruft ständig bei mir zuhause an. Sie drängen mich dazu, als Spitzel tätig zu werden. Zweimal haben sie mich vorgeladen. Ich habe nicht das geringste mit diesem Überfall zu tun. Es handelt sich um eine Polizeiinszenierung. Mit dieser Inszenierung soll der Kampf des kurdischen Volkes in den Dreck gezogen werden. Ich werde sowohl gegen die LIDL-Angestellte als auch gegen die Polizei prozessieren. Sie sollen dafür bezahlen. Wegen eines Entschädigungsverfahrens habe ich mich an meinen Anwalt gewandt."
OKTAY UÇAR, aus: Özgür Politika, 17.11.
Quelle: Informationsstelle Kurdistan e.V.

Roma-Vorsitzender Kawczynski soll einen Protestmarsch mit 50 Tagen Haft büßen

ausgerechnet im Gefängnis Neuengamme

Der Vorsitzende des „Roma National Congress (RNC)" Rudko Kawczynski soll ins Gefängnis - ausgerechnet nach Neuengamme, wo während der Nazi-Diktatur rund 500 Roma und Sinti im Konzentrationslager inhaftiert waren. Denn am 9. November 1990 hatte Kawczynski an einem Protestmarsch



Auf einer Demonstration gegen Schilys Zuwanderungsgesetz am 10.11. in Hamburg beteiligen sich auch viele Roma, die gegen die drohende Abschiebung nach Jugoslawien protestieren

mehrerer hundert Roma für ihr Bleiberecht teilgenommen. Die DemonstrantInnen hatten auf ihre drohende Abschiebung nach Jugoslawien aufmerksam gemacht.

Am Grenzübergang Basel wurde der Protestmarsch gestoppt und an der Ausreise aus der BRD in die Schweiz gehindert. Die Roma blockierten daraufhin den Grenzübergang für sieben Tage. Wegen Nötigung im Straßenverkehr verurteilte das Amtsgericht Lörrach Kawczynski zu einer Haft von 50 Tagen. Die soll er am 19. November antreten - wegen des Instanzenzuges elf Jahre nach der Tat, und in Hamburg, weil das Büro des RNC auf St. Pauli ist.

Kawczynski hat sich ungezählte Male für das Bleiberecht von Roma eingesetzt. Zuletzt im Oktober hatten Roma vor der Hamburger Ausländerbehörde gegen drohende Abschiebungen in das Gebiet Ex-Jugoslawiens protestiert. Ende November wird in Hamburg eine vom Europarat und der OSZE mitgetragene Konferenz zur Lage von Roma und Sinti in Osteuropa abgehalten. Kawczynski wird diese im Namen des RNC eröffnen. „Anschließend kann ich mich dann in Neuengamme zur Haft melden."

Der RNC-Vorsitzende wird von anderen Roma-Organisationen unterstützt: „Wir verstehen diesen Gerichtsbeschluss mehr als einen politischen als einen juristischen", kommentierte etwa der Autor Rajko Djuric im Namen des Romani PEN-Clubs.

Kawczynski bezeichnete es als „makaber, dass ich die Haft ausgerechnet in Neuengamme antreten muss". Auf seinem Weg ins Gefängnis wird der Vorsitzende des RNC am 19. November an zwei Schildern vorbeikommen, die direkt untereinander hängen: Oben steht „KZ-Gedenkstätte Neuengamme", darunter „Vollzugsanstalten Vierlande". Gaston Kirsche, aus: taz Hamburg, 9.11.

Aktuelles zu Bernsdorf

Prozess gegen Tung

Am 09.12.2001 jährt sich der Tag, an dem sich Tung gegen einen rassistischen Übergriff zur Wehr setzte, wobei der Neonazi Matthias Förster starb.

Abschiebung Tungs nach Haftstrafe möglich

Tung wurde zu vier Jahren Haft verurteilt. Während des Revisionsverfahrens war Tung die ganze Zeit in Untersuchungshaft. Dagegen wurde eine Haftbeschwerde durch seine Anwältin eingelegt. Der Antrag auf Aussetzung der U-Haft wurde abgelehnt mit der Begründung, dass Fluchtgefahr bestehe. Die Fluchtgefahr wurde aus der „nicht genügenden Verwurzelung" Tungs in Deutschland rassistisch konstruiert. Der Staatsanwalt war sogar der Meinung, dass für Tung angesichts des Rassismus, dem er dann wieder ausgesetzt wäre, Wiederholungsgefahr für die Tat bestehe, wegen der er verurteilt worden war (Gegenwehr gegen Rassismus). Vor einer Woche wurde auch die Revision abgewiesen. Das heißt auch, dass eine Abschiebung Tungs möglich ist.

Rassistische Übergriffe sind nach wie vor Normalität.

An dem rassistischen Klima in Bernsdorf hat sich im vergangenen Jahr nichts geändert. Die meisten vietnamesischen Familien hatten den Ort schon im Dezember 00 aus Angst verlassen. Im März diesen Jahres versuchten ca. zehn Bernsdorfer Jugendliche einen Angolaner aus einem fahrenden Zug zu werfen, was nur durch seinen Freund verhindert werden konnte. Niemand in Bernsdorf störte sich an den sich damit brüstenden Neonazis. Selbst die als „nicht rechts" geltenden Jugendlichen empfanden den versuchten Mord nicht als erwähnenswertes oder als schlimmes Ereignis. Ende August fand im Bernsdorfer Jugendclub eine Veranstaltung zum Thema Rechtsextremismus statt. Der Kriminaloberkommissar klärte die Jugendlichen, deren Eltern und andere Bernsdorfer Bürger inklusive dem Bürgermeister Eberhard Menzel (PDS) über den Rechtsextremismus auf. Dass einige dieser anwesenden Jugendlichen fünf Monate zuvor nicht zum ersten und bestimmt auch nicht zum letzten Mal versucht hatten, einen Menschen umzubringen, interessiert dort allerdings niemanden. Hauptsache, man hat mal darüber gesprochen. Der Bürgermeister verdeutlichte den Umgang mit den örtlichen Neonazis, indem er einen mit Reichskriegsflagge geschmückten Jugendlichen väterlich umarmte und ihn als besten Mann in der Freiwilligen Feuerwehr lobte.

Nazis kündigen Trauermarsch an

Für den 09.12.2001 ist in der aktuellen Ausgabe des Hoyerswerdaer Nazifanzines „Die Kameradschaft" ein Trauermarsch für Matthias Förster angekündigt. Eine weitere Ankündigung gab es im Nazi-Gästebuch des Nationalen Widerstands Dresden. Schon letztes Jahr fand zur Beerdigung ein Trauermarsch mit 300 Neonazis aus der Region (u.a. Dresden) statt. Schon im Vorfeld wehrte sich der Bürgermeister vehement dagegen, dies als Naziaufmarsch zu bezeichnen. „Die Jungs haben mir in die Hand versprochen, dass es ein Trauerzug wird. Die wollen keine Gewalt." (*Morgenpost* 15.12.2000) So lief er dann auch mit seinen Jungs an der Spitze des Aufmarschs mit.

Wir dürfen gespannt sein, was sich der Bernsdorfer Bürgermeister Eberhard Menzel für den diesjährig en „Trauerzug" überlegt hat.

Antirassistische Initiative Dresden
Kein Mensch ist illegal Dresden
http://venceremos.antifa.net

Im Übrigen: Eine antifaschistische Initiative Dresden hat für den 9.12. 01 eine Demonstration angekündigt

Polizeirepression gegen Castor-Widerstand – Zwei Berichte

Während der Transporttage sei es zu ca. 780 Ingewahrsamnahmen gekommen, teilte der Ermittlungsausschuss Gorleben mit. Weiterhin seien Platzverweise willkürlich und juristisch falsch ausgesprochen worden. Manche Platzverweise hätten sich auf den gesamten norddeutschen Raum bis zur Ostsee bezogen.

Einige Ingewahrsamgenommene hätten über 20 Stunden festgesessen. Andere mussten sich zur Leibesvisitation nackt ausziehen. 92 Frauen wurden in einem überheizten und nicht zu belüftenden Raum festgehalten. Die Toiletten waren unbeleuchtet.

99 Menschen wurden vor Ort von SanitäterInnen und ÄrztInnen behandelt. 9 davon waren Schwerverletzte. Die Verletzungen wurden durch Pfefferspray, Polizeiknüppel, Tritte und Polizeigriffe hervorgerufen. 42 Menschen wurden durch Polizeihunde verletzt. Zwei schwer. Ein Hund habe sich in einem Arm eines Demonstranten so festgebissen, dass das Hundemaul mit einem Polizeiknüppel aufgebrochen werden musste.

Das Bild zeigt die abgeriegelte Straße nahe Splietau, als am Sonnatg (11.11.01) rund 1000 Menschen von „Widersetzen" versuchten, die Transportstrecke zu besetzen.
www.wendland-net.de

* * *

(...) Trotz der genannten Umstände war der Widerstand groß. Daß nicht wie beim Transport im März Bilder von gigantischen Schienenblockaden zu sehen waren, lag zum einen daran, dass es viele kleinere Aktionen gab und zum anderen an der Schikane-Taktik der B., die den Landkreis großräumig abgeriegelt hatten was vielen ein Vorstoßen zu Aktionsorten erheblich erschwerte oder unmöglich machte.

Ist das Medieninteresse deshalb diesmal kleiner gewesen oder hat eine zu positive Berichterstattung über einen fast zum Kult tendierenden Widerstand Zensur zur Folge. Die Abwesenheit der Medien hatte an vielen Orten fatale Folgen.

Die B. konnten munter die Knüppel schwingen, und nicht nur das; von 114 verletzten Demonstranten, davon neun schwer, berichtet die Sani-Gruppe Wendland. Der Unterarm eines Castorgegners sei von einem Polizeihund durch 40 Bisse zerfleischt worden. Sein Maul konnte nur durch einen als Hebel eingesetzten Schlagstock gelöst worden. Die Bullen ritten mit Pferden in Sitzblockaden. Atomkraftgegner wurden unter menschenunwürdigen Umständen in Gefangenenstellen „zusammengepfercht" und ohne Begründung oft 10 Stunden und mehr dort festgehalten. Unter ihnen auch 16 und 17-jährige Jugendliche, denen verweigert



Bild: Foto-Archiv-Kollektiv

wurde einen Vormund zu benachrichtigen und denen durch gezielte Falschinformationen über die Konsequenzen ihrer Festnahme Angst gemacht wurde. Danach wurden die Jugendlichen um 2 Uhr nachts außerhalb geschlossener Ortschaften ausgesetzt.

Besonders skandalös ist die Leibesvisitation an einer Person, von welcher der Republikanische Anwaltsverein berichtete. Eine auf der Strecke aufgegriffene Person sei von Polizeibeamten dazu gezwungen worden sich nackt auszuziehen. Dann wurden die Achselhöhlen sowie der Rektal- und Intimbereich durchsucht.

All dies wird, wenn es nicht sogar von höchster Stelle angeordnet war, wahrscheinlich ohne Konsequenzen für die diensthabenden Beamten bleiben.

Trotzdem: Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom. Der nächste Transport wird wieder 50 Mio. DM (dann ja ca. 25 Mio. verschlingen). Trotz perverser B. und einem größenwahnsinnigen Innenminister - WIR STELLEN UNS QUER !!!

BI Uelzen, Koile, Quelle: indymedia

Genua G8

Wanderausstellung

Mit mehr als 200 Farbbildern auf A4 und ner Menge Hintergrund-Infos von der Globalaction-Initiative Vegesack.

Globalaction ist eine Initiative, die sich zusammengefunden hat, um die Geschehnisse in Genua zu dokumentieren. Um einer breiten Öffentlichkeit es zu ermöglichen, sich ein anderes Bild von den Protesten in Genua zu machen, haben wir mit der internationalen Friedensschule Bremen und dem Bürgerhaus Vegesack freundlich zusammengearbeitetZ den G8-treffen in Genua und seinen Protesten haben wir eine Ausstellung gemacht.

Zum Thema der Ausstellung: Die Berichterstattung von den öffentlichen und privaten Medien war größtenteils irreführend und auf Gerüchten basierend. Es wurden alle 200.000 Demonstranten diffamiert, die in Genua protestiert haben. Viele wurden brutal geschlagen, die ihr Recht auf Protest wahrgenommen haben, ohne jegliche körperliche Gewalt anzuwenden, und selbst wenn, gibt es keinen grund, dass auf bewusstlose und Menschen mit erhobenen Händen so lange und stark eingedroschen wird, dass sie gebrochene Knochen bekommen, zähne verlieren und einige sogar innere Verletzungen davontrugen. [...] Wir haben mehr als 200 Farbbilder auf A4 und Augenzeugenberichte, Informationen von verschiedenen Organisationen, die teilweise auch dem Genua Sozial Forum (Veranstalter von diversen Demonstrationen in Genua) angehören. Zeitungsberichte und Texte von Bundestagsangehörigen. Viele Informationen, die notwendig sind, um die Situation in Genua annähernd zu verstehen. Informationen, die nicht der breiten TV-Öffentlichkeit gezeigt wurden!? Die einseitige Berichterstattung der Medien haben wir versucht zu ergänzen. Die Ausstellung ist als Wanderausstellung gedacht. In Vegesack ist es nicht mehr möglich sie zu besichtigen. Falls Interesse besteht, sie bei euch auszustellen, würden wir uns sehr freuen!!!!!

[globalaction@vege.net; von indymedia]

Schweden

Erneute Festnahmen

Am Dienstag morgen (17.10.) wurden in verschiedenen schwedischen Städten insgesamt 17 Personen von der Polizei verhaftet. Für drei weitere, die nicht angetroffen wurden, besteht ein Haftbefehl. Ihnen wird die Vorbereitung der Krawalle in Göteborg anlässlich des EU-Gipfels vorgeworfen. Zwei Personen wurden freigelassen, nachdem sie Straftaten zugegeben hatten. Die Polizei hat angekündigt, weitere Festnahme in Schweden, Norwegen, Dänemark, Deutschland und Finnland vorzunehmen. Die Festnahmen in Schweden fanden in folgenden Städten statt: Linkoping, Norrkoping, Malmoe, Sundswall, Uppsala, Orebro, Jonkoping und Stockholm.

Neuer Reiter, dasselbe Pferd

Das Ende der Diktatur in Peru bringt einige Verbesserungen für die politischen Gefangenen, doch die Grundprobleme bleiben bestehen

Als Perus neues Staatsoberhaupt Alejandro Toledo im Juli dieses Jahres erstmals auf dem Präsidentensessel Platz nahm, dürfte er gewusst haben, dass es sich um einen Schleudersitz handelt. Das in der zehnjährigen Herrschaft Alberto Fujimoris durchgesetzte neoliberale Wirtschaftsmodell und die seit noch viel längerer Zeit andauernden Menschenrechtsverletzungen haben ein explosives soziales Klima geschaffen, das die politischen Eliten des Landes zur Abkehr von ihrer bisherigen diktatorialen Herrschaftsstrategie zwingt. So zielte eine der ersten Maßnahmen Toledos auf die Aufarbeitung der Vergangenheit: Ähnlich wie in anderen Staaten, etwa Südafrika, soll eine so genannte Wahrheitskommission die massenhaften Verletzungen der Menschenrechte untersuchen, die es in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten in Peru gegeben hat. Menschenrechtsorganisationen schätzen, dass etwa 25.000 Menschen ermordet wurden und 10.000 „verschwanden“; staatliche Organe, rechtsextreme Todesschwadrone und der Leuchtende Pfad sollen dafür verantwortlich sein, dass eine Million PeruanerInnen ihr Zuhause verloren haben, 43.000 Kinder ihre Eltern und 17.800 Frauen ihre Ehemänner. Ob die Kommission die untersuchten Fälle wie im Nachbarland Chile lediglich in einem Bericht veröffentlichen oder, wie in Argentinien, vor Gericht bringen wird, ist - soweit wir wissen - derzeit noch nicht entschieden. Allerdings lässt die Zusammensetzung der Administration nicht darauf schließen, dass die neue Regierung Ernst machen will: Mit Ausnahme einiger exponierter Figuren sitzen noch immer dieselben Personen in den Apparaten - und noch immer gelten die Gesetze, die Fujimori nach seinem Staatsstreich 1992 verabschieden ließ, allen voran die berüchtigten Antiterrorgesetze und das Gesetz über die Straflosigkeit, das alle staatlichen Kräfte amnestiert, die vor dem Jahr 1995 Menschenrechtsverletzungen begangen haben.

Entsprechend widersprüchlich stellt sich die Lage der politischen Gefangenen in Peru zurzeit dar. Noch immer sind circa 40.000 Menschen auf Grundlage der Antiterrorgesetze inhaftiert, viele von ihnen in Sammelverfahren verurteilt, oftmals mithilfe von Kronzeugenaussagen oder einzig aufgrund der ihnen unterstellten politischen Überzeugungen. Das Fujimori-Regime hatte einen „schmutzigen Krieg“ gegen die Guerilla geführt, in dem es sich des gesamten Arsenals der Aufstandsbekämpfung bediente, darunter willkürliche Festnahmen Folter, „Ver-

schwindenlassen" und außergerichtliche Hinrichtungen. Flankiert wurde diese Politik von persönlichen Dekreten des Präsidenten, die Verfassungsrechte außer Kraft setzten, und einer Reihe terroristischer Gesetze - pikanterweise „Antiterrorgesetze" betitelt. Jose Miguel Vivanco, Vorstandsmitglied der amerikanischen Sektion von Human Rights Watch, betrachtet diese Gesetze als Freifahrtschein für die Inhaftierung jeglicher politischer Opposition. In ihnen, so Vivanco in der „New York Times", sei „die Definition von ‚Terrorismus' so weit und vage gefasst, dass beinahe jede Handlung für terroristisch befunden werden kann".

Der Fortbestand der juristischen Regelungen, mit denen das Fujimori-Regime seinen „schmutzigen Krieg" juristisch begleitete, stellt aus Sicht der Menschenrechtsorganisationen ein zentrales Problem dar. Ada Beraún, in Hamburg lebende Vertreterin der „Asociación Andina de Derechos Humanos" (Andenverein für Menschenrechte), kommentiert: „Diese Gesetze, die ja an allen illegalen und antikonstitutionellen Kräften Rache nehmen, sind von der Übergangsregierung Valentin Paniaguas nicht geändert worden, obwohl sie durchaus anerkannt hat, dass die Gesetze Fujimoris verfassungswidrig sind: Ein Widerspruch, der sich dadurch erklärt, dass diese illegalen Gesetze nicht nur dem Kopf eines Diktators entsprungen sind, sondern mit der Einführung des neoliberalen Modells notwendigerweise einhergingen - eines Modells, das auf Druck der westlichen Länder, insbesondere der USA, implementiert wurde. Der öffentliche Druck in Peru und die Offensichtlichkeit, dass die Verfassung Fujimoris illegitim war, zwingt nun die neue Regierung dazu, zur Basis der Verfassung von 1979 zurückzukehren. Eine Kommission ist bereits ernannt, und sie wird zweifellos Wege finden, alles nachträglich zu legalisieren, was die Verfassung verletzte. Natürlich werden sie auch weiterhin jene verfolgen, die gegen die Einführung des neoliberalen Modells kämpfen. In Wirklichkeit sind die Antiterrorgesetze Bestandteil der Veränderungen, die gebraucht werden, um das neoliberale Modell weiterhin durchsetzen zu können und weiterhin Teile des Landes, des Wassers und der Reichtümer, die vorher unveräußerlich waren, zu verkaufen, zu versteigern oder zu verschenken."

Obgleich bislang offenbar keine oder kaum Gefangene frei gelassen wurden, hat sich die konkrete Situation der politischen Häftlinge doch deutlich verbessert. Einer der schlimmsten Hochsicherheitsknäste, das Andengefängnis Yanamayo, wurde geschlossen und die bis dato dort inhaftierten Gefangenen in andere Gefängnisse verlegt. Auch eine mögliche Schließung des wegen seiner winzigen unterirdischen Zellen „Grabgefängnis" genannten Militärknasts auf der Marinebasis Callao wird öffentlich diskutiert. Diese Überlegungen haben allerdings einen besonderen Hintergrund: Neben den Führungsmitgliedern der Revolutionären Bewegung Túpac Amaru (MRTA) und des Leuchtenden Pfads sitzt seit kurzer Zeit auch der frühere Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos in Callao ein. Er war nicht nur die graue Eminenz des Fujimori-Regimes, sondern auch der Darling der CIA, von der er während der gesamten Herrschaft des Fujimori-Regimes jährliche Zahlungen in Millionenhöhe erhielt - wie der „Miami Herald" am 3. August unter Berufung auf öffentlich zugängliche US-Regierungsdokumente berichtete. Wie aus peruanischen Presseberichten über Montesinos Aufenthalt in Callao hervorgeht, genießt er deutlich humanere Haftbedingungen als seine Mithäftlinge aus der Guerilla.



Wenig Hoffnung macht unterdessen die Entwicklung im Fall Lori Berenson. Die US-amerikanische Journalistin war 1995 von einem vermummten Militärgericht zu lebenslanger Haft verurteilt worden, weil die Richter sie der Führungsebene der MRTA zurechneten. Auch der Druck einer ganzen Reihe namhafter US-Bürger und die Intervention der UN-Menschenrechtskommission konnte ihre Freilassung nicht erwirken, ebenso wenig der frühere peruanische Premierminister Javier Valle Riestra, der 1998 erfolglos die Begnadigung Loris forderte; die Urteile des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte, dem Peru als Mitglied der Organisation Amerikanischer Staaten untersteht, erklärte das Regime kurzerhand für nicht mehr bindend. Erst nach dem Zusammenbruch der Diktatur und der Flucht Fujimoris änderte sich die Situation: Das Oberste Militärgericht hob Lori Berensons Urteil im August 2000 überraschend auf - neues Beweismaterial belege, dass sie kein leitendes Mitglied der MRTA sei. Allerdings kam Lori nicht frei, sondern wurde vor die Staatsschutzkammer eines Zivilgerichts gestellt, die sie am 20. Juni erneut wegen „Vaterlandsverrats" und „Unterstützung des Terrorismus" verurteilte, dieses Mal zu 20 Jahren Haft. Beobachter bezeichnen das Verfahren als Farce, Loris Verteidiger listete zu Prozessende mehr als 20 Verstöße gegen international anerkannte Grundsätze eines fairen Gerichtsverfahrens auf. So war Lori befragt worden, ohne ihr die Anklage mitzuteilen und ohne dass sie einen Verteidiger hatte. Das Urteil des Staatsschutzverfahrens kommt, wie zuvor das des militärgerichtlichen Verfahrens, ohne jeden Beweis aus. Allerdings hat sich Loris Vergehen geändert: Nun ist sie nicht mehr schuldig „Mitglied der MRTA-Führungsebene" zu sein, sondern sich zu weigern, „die MRTA als terroristische Organisation zu verurteilen". Eine solche Einschätzung abzugeben hat Lori, die selbst Gewalt ablehnt, sich stets geweigert. Gegen ihre Verurteilung kann sie Berufung einlegen, die dann vor dem Obersten Gerichtshof verhandelt wird. Ihre Chancen sind allerdings ebenfalls zweifelhaft: Auch dort wird nach den Antiterrorgesetzen geurteilt, und auch dort ist die Richterschaft in den Fujimori-Jahren von missliebigen Individuen „gereinigt" worden - Human Rights Watch schätzt, dass mehr als 70 Prozent aller Richter „provisorisch" von der Fujimori-Regierung eingesetzt wurden.

Coco / Salon Rouge

E-Mail: gnn-hhsh@hansenet.de

Das **Angehörigen Info** erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. V.i.S.d.P.: Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift u. Bestellungen:** GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 HH, Tel.: (040)43188820, Fax: (040) 43188821, E-Mail: gnn-hhsh@hansenet.de **Herausgeber:** Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postfach 1205, 55002 Mainz, Fax: (0 61 31) 60 42 32. – Einzelpreis: 3,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 27,00 DM (Förderabonnement 30,00 DM), Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 1,90 DM. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1269/122 311. Herstellung und Drucklegung: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. **Spendenkonto der Angehörigen:** Sonderkonto Kiener, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 54 54 19 4. ***Redaktionsschluss für Nr. 254: So, 16.12.2001***